

Gedenkstätten Rundbrief

№ 217 März 2025

Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors



Herausgeber:
Stiftung Topographie des Terrors
Gedenkstättenreferat
Niederkirchner Straße 8
10963 Berlin

Redaktion: Dr. Julana Bredtmann
und Cornelia Siebeck
bredtmann@topographie.de

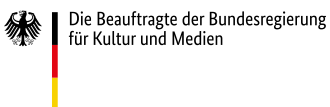
Lektorat: Doris Schemmel
Druck: Druckteam Berlin
Gestaltung: Christine Kitta

Titelbild:
Foto der Ausstellung
»Reinhard Heydrich. Karriere
und Gewalt«

© Sebastian Egger / Stiftung Topographie des Terrors

www.topographie.de
www.gedenkstaettenforum.de

gefördert durch



Inhalt

- 3 **Editorial**
- 4 **»trotzdem da!« – Kinder aus verbotenen Beziehungen**
Eine Wanderausstellung der Gedenkstätte Lager Sandbostel
Gwendoline Cicottini · Lucy Debus · Jan Dohrmann
- 16 **#GeradeJetzt**
Eine bundesweite Kampagne von Gedenkstätten,
Dokumentationszentren und Lernorten
Iris Groschek · Clara Mansfeld
- 26 **Kleinere Gedenkstätten in peripheren ländlichen Räumen**
Besondere Potenziale und Unterstützungsbedarfe
Lea Fischer
- 36 **Ausstellung Reinhard Heydrich. Karriere und Gewalt**
Über die aktuelle Sonderausstellung im
Dokumentationszentrum Topographie des Terrors
Johanna Wensch
- Aktuelle Stellungnahmen und Reden**
- 48 Aufruf des Internationalen Komitee Buchenwald-Dora
und Kommandos (IKBD) vom 23. Januar 2025
- 50 Redebeitrag von Jens-Christian Wagner auf der
Demonstration »Aufstand der Anständigen:
Wir sind die Brandmauer« in Berlin am 2. Februar 2025
- 52 Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft der
KZ-Gedenkstätten »Wählen gehen für die Demokratie:
Die Zukunft geht uns alle an!« vom 19. Februar 2025
-
- Gut zu wissen**
- 54 Ausstellungen
58 Veranstaltungshinweise
58 Studien und Handreichungen

Liebe Leser:innen,

seit über einem Jahr demonstrieren bundesweit Millionen von Bürger:innen für den Erhalt von Demokratie und gesellschaftlicher Vielfalt. Auch Gedenkstätten, Lernorte und Initiativen zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen sind Teil dieser Bewegung. Wir dokumentieren einige Zeugnisse dieses Engagements: den Appell des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos anlässlich der Wahl des Vizepräsidenten des Thüringer Landtags vom 24. Januar 2025; die Rede von Jens-Christian Wagner auf der Demonstration »Aufstand der Anständigen: Wir sind die Brandmauer« in Berlin am 2. Februar 2025 sowie die Pressemitteilung der AG KZ-Gedenkstätten »Wählen gehen für die Demokratie: Die Zukunft geht uns alle an!« vom 19. Februar 2025. Ergänzend finden sich weiter hinten im Heft einige Hinweise auf Studien zur aktuellen Entwicklung des Rechtsextremismus sowie Handreichungen zum praktischen Umgang mit diesem Phänomen in der alltäglichen Arbeit.

Gerade jetzt braucht es in der dezentralen Gedenkstättenlandschaft Zusammenarbeit und gemeinsames Auftreten: Anlässlich der 80. Jahrestage der Befreiung der Konzentrationslager und des Kriegsendes lädt die bundesweite Kampagne #GeradeJetzt zum Mitmachen ein. Ein weiterer Beitrag verweist auf die besonderen Potenziale von kleineren Gedenkstätten in peripheren ländlichen Räumen: Als Orte der historisch-politischen Bildung und (Selbst-)Reflexion, aber auch als Knotenpunkte in regionalen Netzwerken einer demokratischen Zivilgesellschaft sind sie gerade in diesen Zeiten dringend auf eine verlässliche Unterstützung und dauerhafte Absicherung angewiesen.

Darüber hinaus freuen wir uns, zwei Ausstellungsprojekte vorzustellen: »Trotzdem da!« der Gedenkstätte Lager Sandbostel und »Reinhard Heydrich. Karriere und Gewalt« aus dem eigenen Haus, der Stiftung Topographie des Terrors. Beide Ausstellungen können ausgeliehen werden!

Julana Bredtmann und Cornelia Siebeck

www.gedenkstaettenforum.de/aktivitaeten/gedenkstaettenrundbrief

Gwendoline Cicottini · Lucy Debus · Jan Dohrmann

»trotzdem da!« –

Kinder aus verbotenen Beziehungen:
eine Wanderausstellung der Gedenkstätte Lager Sandbostel



Während der Zeit des Nationalsozialismus waren freundschaftliche und intime Kontakte zwischen Deutschen und Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeiter*innen unerwünscht und teilweise streng verboten. Doch sie sind »trotzdem da«: Kinder, die während des Zweiten Weltkrieges oder in der frühen Nachkriegszeit aus solchen verbotenen Beziehungen hervorgegangen sind. Ihre Geschichten wurden lange tabuisiert, sind wissenschaftlich kaum erforscht und in der Erinnerungskultur wenig präsent.

Die Wanderausstellung »trotzdem da! – Kinder aus verbotenen Beziehungen zwischen Deutschen und Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeiter*innen«, die im Dezember 2024 an der Gedenkstätte Lager Sandbostel eröffnet wurde, ist den Lebensgeschichten dieser Kinder gewidmet. Wer waren ihre Eltern? Woher kamen sie und wie ist es ihnen in der NS-Zeit ergangen? Wie sind die Kinder aufgewachsen und mit welchen Herausforderungen waren sie in der Nachkriegszeit konfrontiert? Wie hat die Geschichte ihrer Eltern ihr eigenes Leben beeinflusst?

Das zweijährige Ausstellungsprojekt »trotzdem da!« der Gedenkstätte Lager Sandbostel hat mehr als 20 Kinder von damals zusammengebracht. Gemeinsam mit Historiker*innen haben sie überlegt, was Menschen aus der Geschichte des »verbotenen Umgangs« und aus den Lebensgeschichten der Kinder lernen können und sollten.

Verbotene Beziehungen mit Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangenen

Während des Zweiten Weltkrieges wurden immer mehr Männer zur Wehrmacht eingezogen, was zu einem Arbeitskräftemangel im Deutschen Reich führte. Um diesen Mangel auszugleichen, wurden Zivilist*innen aus den vom Deutschen Reich besetzten Gebieten durch falsche Versprechungen dazu bewegt, »freiwillig« zur Arbeit ins Reich zu kommen. Die meisten wurden jedoch zur Zwangsarbeit gewaltsam verschleppt. Darüber hinaus wurden auch kriegsgefangene Soldat*innen der gegnerischen Armeen zur Arbeit herangezogen. Insgesamt waren im Deutschen Reich etwa 4,6 Millionen Kriegsgefangene und 8,5 Millionen ausländische



Blick in die Wanderausstellung
 »trotzdem da! – Kinder aus verbotenen
 Beziehungen zwischen Deutschen
 und Kriegsgefangenen oder Zwangs-
 arbeiter*innen«, 6. Dezember 2024

© Johanna Becker,
 Gedenkstätte Lager Sandbostel

Silvesterfeier von Zwangs-
 arbeiter*innen und Deutschen in
 Merseburg, 1. Januar 1943

© Forschungs- und Bildungszentrum
 »Memorial«, Moskau



Zwangsarbeiter*innen im Einsatz. Sie waren in der Gesellschaft in vielen Wirtschaftsbereichen sichtbar, unter anderem in der Landwirtschaft, im Handwerk, in der Industrie, in der Logistik und als Hausangestellte. Da sie häufig in Arbeitsumgebungen wie Bauernhöfen oder städtischen Fabriken eingesetzt wurden, ließen sich Kontakte zur Bevölkerung kaum vermeiden. Diese Begegnungen waren je nach Status als Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter*innen und je nach Nationalität sehr unterschiedlich. Westeuropäische Zwangsarbeiter*innen hatten aufgrund ihrer größeren Bewegungsfreiheit eher die Möglichkeit, Deutsche bei der Arbeit und manchmal auch in der Öffentlichkeit, zum Beispiel in ihrer Freizeit im Freien, kennenzulernen und zu treffen. Für osteuropäische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innen war der Kontakt vor allem auf dem Land einfacher, wo es weniger Kontrollen gab. In einigen Fällen tolerierte oder unterstützte die Umgebung diese Kontakte sogar bewusst. Die Kontakte waren unterschiedlich: Sie konnten aus einem Austausch von Lebensmitteln oder Gesprächen bestehen und gelegentlich zu romantischen oder

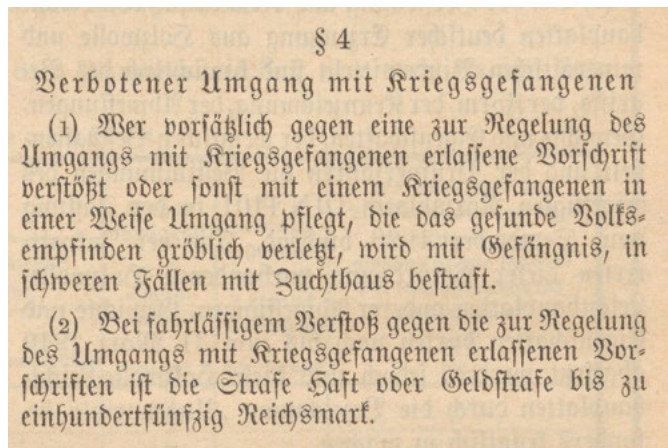
sexuellen Beziehungen führen. Doch nicht alle diese Kontakte waren freiwillig – manche ergaben sich aus Zwang oder Druck am Arbeitsplatz. In einigen Fällen unterstützten Deutsche Zwangsarbeiter*innen oder Kriegsgefangene bei der Flucht.

Bereits im November 1939 wurde eine erste Verordnung erlassen, die den »verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen« regelte. Jegliche Kommunikation, die über den für die Arbeit notwendigen Umgang hinausging, war aus Gründen der militärischen und politischen Sicherheit streng verboten und wurde mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft. Darüber hinaus war der Umgang mit Zwangsarbeiter*innen generell unerwünscht, während jeglicher Kontakt zu Personen, die als »fremdvölkisch« galten, aus rassistischen Motiven ebenfalls verboten war.

Mit den »Polen-Erlassen« von 1940 und den »Ostarbeiter-Erlassen« von 1942 wurden die Vorschriften weiter verschärft. Diese unterschiedlichen Regelungen sahen hohe Strafen vor. Die Strafen variierten je nach Status und Herkunft der Betroffenen: Menschen aus Polen und der

Die Teilnehmer*innen des ersten
»trotzdem da!«-Projektforums
in der Gedenkstätte Lager Sand-
bostel, 29. September 2023.

© Johanna Becker,
Gedenkstätte Lager Sandbostel



»Verordnung zur Ergänzung der
Strafvorschriften zum Schutz der
Wehrkraft des Deutschen Volkes«
vom 25. November 1939, Auszug.

© Staatsbibliothek zu Berlin

Sowjetunion wurden härter bestraft als westeuropäische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innen. Ihre Strafen reichten von Gefängnis- und Zuchthausstrafen über Einweisungen in Konzentrationslager bis hin zu öffentlichen Hinrichtungen.

Trotz der Verbote gingen zahlreiche Kinder aus solchen Beziehungen hervor. Viele wuchsen im Verborgenen auf, weil die Beziehung ihrer Eltern geheim gehalten wurde oder sie nie erfuhren, dass sie aus einer verbotenen Verbindung stammen. Andere wurden während des Krieges von ihren Müttern getrennt und von einer anderen Familie adoptiert. Manche Frauen hatten sich für eine Abtreibung entschieden oder waren dazu gedrängt worden. Aus all diesen Gründen ist die Zahl dieser Kinder unbekannt und schwer zu ermitteln. Das Projekt »trotzdem da!« hat die Geschichte dieser Kinder sichtbar gemacht und ihnen Raum zum Austausch gegeben.

Das Projekt »trotzdem da!«

Die Gedenkstätte Lager Sandbostel in Niedersachsen erinnert seit 2013 an das Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlager (Stalag) X B Sandbostel. Sie steht seit vielen Jahren in Kontakt mit Menschen, die aus Beziehungen zwischen deutschen Frauen und Kriegsgefangenen aus dem Stalag X B hervorgegangen sind. Einige von ihnen sind der Gedenkstätte eng verbunden, engagieren sich als Zeitzeug*innen oder unterstützen die Erinnerungsarbeit ehrenamtlich. Angeregt von ihren Lebensgeschichten hat die Gedenkstätte das überregionale Forschungs- und Ausstellungsprojekt »trotzdem da!« ins Leben gerufen.

Das fünfköpfige Projektteam nahm im Januar 2023 seine Arbeit auf. Zunächst galt es, innerhalb und außerhalb Deutschlands weitere potenzielle Teilnehmer*innen ausfindig zu machen. Anders als für viele NS-Verfolgte und deren Nachkommen gibt es jedoch keine



speziellen Selbstorganisationen oder Hilfseinrichtungen für Kinder aus verbotenen Beziehungen zwischen Deutschen und Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeiter*innen. Nur vereinzelt sind sie in Gruppen wie »Cœurs sans Frontières – Herzen ohne Grenzen e.V.« oder »Distelblüten – Russenkinder in Deutschland« organisiert. Durch eine breit gefächerte Öffentlichkeitsarbeit und umfangreiche Recherchen konnten dennoch mehr als 20 damalige Kinder für das Projekt gewonnen werden.

Im Rahmen des Projekts fanden zwei Treffen mit insgesamt 14 Projektteilnehmer*innen statt. Sie reisten aus Deutschland, Österreich und den Niederlanden nach Sandbostel. Für viele war es die erste Begegnung mit Menschen, die eine ähnliche Biografie haben wie sie. Für einige war es auch das erste Mal, dass sie mit Fremden über ihre Geschichte sprachen. Die Treffen waren sehr offen und vertraut. Trotz vieler Unterschiede in den Lebensläufen sahen

die Teilnehmer*innen das Verbindende. Die Projektforen wurden auch genutzt, um Projektteilnehmer*innen in die Konzeption der Wanderausstellung einzubeziehen. Sie haben mit ihren Erinnerungen, mit Dokumenten und Fotos die entscheidende Grundlage zur Verwirklichung der Ausstellung gelegt.

Für die Erarbeitung der Wanderausstellung konnte das Projektteam von »trotzdem da!« auf nur wenige Forschungsarbeiten und historische Quellen zu Kindern aus verbotenen Beziehungen zwischen Deutschen und Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeiter*innen zurückgreifen. Darum sind die vom Team aufgenommenen lebensgeschichtlichen Interviews und ihre Auswertung eine wichtige Quelle für das Projekt. Die Video- und Audioaufzeichnungen werden an das Archiv der Gedenkstätte Lager Sandbostel übergeben und damit für Recherchen und wissenschaftliche Untersuchungen zur Verfügung stehen.



Aktive des Projekts »Multi-peRSPEKTif«
 und Gerd A. Meyer, 7. Juni 2024 in Haaßel.

»Multi-peRSPEKTif« ist ein Projekt des Denkkortes Bunker Valentin in Bremen, in dem junge Menschen überwiegend mit internationaler Biografie Orte mit nationalsozialistischer Geschichte erkunden. Aktive des Projekts trafen sich mit »trotzdem da!«-Projektteilnehmer*innen zum Gespräch. Gemeinsam wurde diskutiert, welche Bedeutung deren Lebensgeschichten heute haben können und was die Aktiven von »Multi-peRSPEKTif« mit ihren eigenen Erfahrungen von Rassismus und Sexismus und ihrer Suche nach Identität in ihren Herkunftsländern und in Deutschland damit verbinden.

© Ksenja Holzmann



Zum Ausstellungsfilm
 »The Lion is Telling the Story of the Forest«
 über einen der Workshops mit Multi-peRSPEKTif

Zahlreiche Lebensgeschichten von Kindern aus verbotenen Beziehungen können in der Wanderausstellung jedoch nicht erzählt werden. Die Gründe dafür sind vielfältig. So ist bis heute nicht bekannt, wie viele dieser Kinder es gegeben hat. Ihre Zahl lässt sich nicht bestimmen und auch nicht schätzen. Aus Angst vor Verfolgung versuchten Mütter zudem, ihre Schwangerschaft zu verbergen oder den Partner zu verleugnen und ihr Kind als Kind eines anderen Mannes auszugeben. Diese Fälle sind überwiegend nicht rekonstruierbar. Teilweise wissen die Kinder bis heute nicht, dass sie aus einer verbotenen Beziehung hervorgegangen sind. Manche, die es wissen, möchten nicht öffentlich darüber sprechen. Der Aufruf zur Mitwirkung am Projekt »trotzdem da!« wird außerdem einen Großteil der betroffenen Kinder gar nicht erreicht haben. Dies gilt insbesondere für jene, die nicht in Deutschland aufgewachsen sind bzw. nicht in Deutschland leben.



Katharina Sämnn

»Kinder fragen nicht, wenn sie das Gefühl haben, es ist nicht erwünscht.«

Katharina Sämnn's Mutter Anna arbeitete in einer kleinen Molkerei in der Nähe von Bremen. Viele Landwirt*innen ließen ihre Milch von den Kriegsgefangenen, die auf ihren Höfen arbeiten mussten, bringen. Einer von ihnen war Wassilij Petrowitsch Koslow, der als sowjetischer Soldat in deutsche Gefangenschaft geriet. Obwohl sie sich kaum verständigen konnten, verliebten sich Anna Sämnn und Wassilij Koslow und trafen sich heimlich nach der Arbeit. Möglich war dies nur, weil andere wegesehen haben. Erst als Anna Sämnn schwanger wurde, wurde die Beziehung denunziert und Anna Sämnn nach der Geburt ihrer Tochter Katharina von der Polizei verhaftet. Im Januar 1945 verurteilte das Amtsgericht Bremen sie zu einer 15-monatigen Zuchthausstrafe und zu 3 Jahren Ehrverlust. Kurz vor Kriegsende wurde Anna Sämnn vorzeitig aus der Frauen-Strafanstalt Lübeck-Lauerhof entlassen. Der Verbleib von Wassilij Koslow, der im Dezember 1943 von der Wehrmacht an die Gestapo Bremen überstellt wurde, ist bis heute nicht geklärt.

Katharina Sämnn wuchs in Worpsswede bei Bremen auf. Erlebnisse in ihrer Kindheit wie Andeutungen in der Familie und rassistische Ausgrenzungserfahrungen ließen sie vermuten, ihr Vater könnte ein sowjetischer Kriegsgefangener gewesen sein. Erst mit 21 Jahren erfuhr sie von ihrer Mutter und ihrer Großmutter den Namen ihres Vaters. In den 1980er-Jahren reiste Katharina Sämnn mit ihrer Mutter in die Sowjetunion. Sie hoffte auf ein klärendes Gespräch über die Geschichte ihrer Eltern während dieses gemeinsamen Urlaubs. Dazu kam es aber erst im Jahr 2000, als sich beide an der WDR-Dokumentation »Für eine Liebe so bestraft... Deutsche Frauen und Zwangsarbeiter« von Erika Fehse beteiligten. Katharina Sämnn weiß heute, dass ihr Vater aus Moskau kam und bereits verheiratet war, als er ihre Mutter kennenlernte. Daher hat Katharina Sämnn nicht versucht, seine Familie zu kontaktieren.

Bielefeld, den 29. 1. 46

Meine liebe kleine Iffchen!

Vorerst recht liebe Grüsse
und tausend Küsse sendet Dir Dein
Johann. Dir geht es noch sehr gut und
wünsche Dir meine liebe Thea dasselbe
Deinen Brief habe ich dankend erhalten
Du glaubst gar nicht wie gross meine
Freude war. Es freut mich sehr, dass
Dein Hand bald wieder genesen ist. Ich
bin sehr glücklich, dass Dein Vater und
Mutter nicht mehr schimpfen tut. Wenn
wir erst verheiratet sind, dann selbst
Du es gut haben, denn Du weißt doch
dass mein Liebe zu Dir sehr stark ist.
Nie könnte ich Dich vergessen. Entroye
alle Deine Leiden mit Geduld, denn Du
kannst beruhigt sein, nie würde
ich von Dir ablassen, denn was ich
einmal eingelebt habe, will ich
auch mit Dir zusammen auslöffeln

Brief des ehemaligen polnischen
Zwangsarbeiters Johann Maciejko an die
Deutsche Theresa (Thea) Klingenhäger,
29. Januar 1946.

© Privatbesitz Klingenhäger

Aufwachsen in der Nachkriegszeit

Mit Kriegsende endete zwar die Verfolgung der zuvor verbotenen Beziehungen, doch die chaotischen Verhältnisse der unmittelbaren Nachkriegszeit erschwerten es Paaren, sich wiederzufinden oder zusammenzubleiben.

Die Stigmatisierung von Frauen, die eine zur Zeit des NS verbotene Beziehung eingegangen waren, setzte sich in vielen Fällen auch nach Kriegsende fort. Verheiratete Frauen sahen sich zusätzlich dem Vorwurf des Ehebruchs ausgesetzt. Viele Betroffene schwiegen über das Erlebte aus Scham oder Angst vor sozialer Diskriminierung. Zwangsarbeiter*innen, insbesondere aus der Sowjetunion, die in ihre Heimat zurückkehrten, wurden dort immer wieder der Kollaboration bezichtigt und hielten ihre Beziehungen zu Deutschen sowie die Existenz gemeinsamer Kinder darum häufig geheim.

Viele Kinder aus verbotenen Beziehungen wuchsen in Pflegefamilien auf. Deutsche Mütter, die das Sorgerecht für ihre Kinder zurückgewinnen wollten, mussten oft lange gegen deutsche Behörden kämpfen. Aufgrund sozialer Stigmatisierung entschieden sich einige, ihre Kinder in Heimen oder in Pflegefamilien zu belassen. Andere Kinder wuchsen jedoch auch bei einem Elternteil, häufig bei den Müttern, auf. Wenn eine Heirat zwischen den Eltern möglich war, mussten Frauen und Kinder die Staatsangehörigkeit des Mannes annehmen. Insbesondere französische Behörden repatriierten Kinder mit französischem Elternteil, weshalb deutsche Mütter auch falsche Angaben machten, um ihre Kinder behalten zu können.

Ohne Vater aufzuwachsen war nach dem Krieg zwar nicht ungewöhnlich, doch Kinder mit einem ausländischen Vater wurden häufig diskriminiert. Insbesondere in der Schule und im familiären Umfeld erfuhren sie soziale Ablehnung und rassistische Anfeindungen. Viele erfuhren erst spät von ihrer Herkunft, da Mütter oder Pflegeeltern darüber schwiegen.

Mit der Suche nach dem unbekanntem Elternteil begannen viele erst nach dem Tod des bekannten Elternteils oder der Pflegeeltern. Sie recherchierten oft jahrzehntelang in Archiven, durchsuchten Telefonbücher oder reisten an historische Orte, häufig ohne Erfolg, insbesondere wenn weder der Name noch das Geburtsdatum des gesuchten Elternteils bekannt war. Wurden die verbotenen Beziehungen bekannt, können in manchen Fällen erhaltene Gerichtsakten Informationen liefern.

Viele gesuchte Elternteile hatten in ihren Heimatländern Familien, die sie entweder vor ihrer Verschleppung ins Deutsche Reich oder nach ihrer Rückkehr gegründet hatten. Kinder, die ihre Verwandten gefunden hatten, standen vor der Entscheidung, ob sie Kontakt aufnehmen sollten. Viele fürchteten Ablehnung oder Konflikte. Entschieden die Kinder sich zu einem Kontaktversuch, konnten sie teilweise langfristige Beziehungen zu ihren leiblichen Eltern oder anderen Verwandten aufbauen. Andere mussten die Erfahrung machen, von der leiblichen Familie abgelehnt zu werden.



Jack-Peter Kurbjuweit (2.v.l.),
Sohn einer Deutschen und eines
griechischen Zwangsarbeiters,
mit seiner Familie in Griechenland,
2001

© unbekannt. Privatbesitz Kurbjuweit

Nur wenige Verantwortliche für Verbrechen an Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangenen wurden in alliierten Prozessen zur Verantwortung gezogen. In beiden deutschen Staaten wurden diese Verbrechen lange Zeit verschwiegen oder verharmlost. Entschädigungsanträge ehemaliger Zwangsarbeiter*innen wurden meist abgelehnt, ebenso wie die Anträge von Kriegsgefangenen. Erst ab dem Jahr 2000 konnten ehemalige Zwangsarbeiter*innen und ab 2015 auch sowjetische Kriegsgefangene eine einmalige Entschädigungszahlung beantragen – für viele kam dies zu spät. Deutsche Frauen, die wegen »verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen« verurteilt worden waren, erhielten in der Regel keine Entschädigung und kämpften oft vergeblich um die Löschung ihrer Einträge im Strafregister. Trotz der Aufhebung nationalsozialistischer Gewalturteile im Jahr 1998 wurden entsprechende Rehabilitierungsanträge abgelehnt.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Verbrechen gegen Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangene begann erst in den 1970er-Jahren, zunächst durch zivilgesellschaftliche Initiativen und Lokalhistoriker*innen. Erst ab 2010 fand das Thema »verbotener Umgang« breitere Beachtung. Die Geschichten der Kinder aus diesen Beziehungen blieben jedoch lange unbeachtet. Nicht selten wurden sie aber selbst zu Akteur*innen in der Erinnerungskultur: Sie machten durch ihre Recherchen in Archiven und Gedenkstätten auf das Thema aufmerksam, erzählten ihre Geschichten in Zeitzeug*innengesprächen, in Büchern oder gegenüber Journalist*innen und setzten sich für Erinnerungszeichen ein.

Viele beschreiben es als ihr Anliegen, nicht nur die Geschichte ihrer Eltern zu bewahren, sondern auch vor Rechtsextremismus, gesellschaftlicher Ausgrenzung und Krieg zu warnen. So erklärt Ingelore Prochnow, die Tochter einer Deutschen und eines polnischen Zwangsarbeiters: »Sie sehen alle, was da am rechten Rand wieder hochkommt. Das macht mir wirklich große Angst. Es wird verharmlost, die Geschichte wird verfälscht. Ich kann erzählen: Das ist mir widerfahren, ist meiner Mutter widerfahren, ist meinem Vater widerfahren. Andere können da mehr machen. Ich kann nicht laut sein und auf der Straße demonstrieren, aber ich kann meine Geschichte erzählen. Das ist mein Beitrag.«¹



Erika van Santen · Ton Maas

»Und da war so eine
Spannung bei uns zu Hause,
ich habe nicht gewusst,
was das war, aber ich habe
es gefühlt.« Erika van Santen

Der 1923 in den Niederlanden geborene Kees Maas wurde 1943 als Zwangsarbeiter in das Gebiet des Deutschen Reichs verschleppt. In Berlin lernte er die Deutsche Martha Kopka kennen. Die beiden wurden ein Paar und hielten auch Kontakt, nachdem Martha Kopka in eine Fabrik außerhalb Berlins versetzt wurde. Nach Kriegsende fanden sich die beiden in Ichstedt in Thüringen wieder. Martha Kopka wurde schwanger und sie heirateten. Kees Maas kehrte in die Niederlande zurück, trotz hohem bürokratischen Aufwand konnten Martha Kopka und ihre Tochter Erika ihm 1947 folgen.

Das Geschwisterpaar Erika van Santen und Ton Maas wuchs in Eindhoven in den Niederlanden auf. Dass sich die Eltern während des Krieges in Deutschland kennengelernt hatten, war selten Thema in der Familie. Erika van Santen und Ton Maas betrachten ihre Familie als eine glückliche Familie. Dennoch beschreiben beide, dass es eine unerschwellige Spannung und Traurigkeit gab, die sie als Kinder nicht einordnen konnten. Über ihre Erlebnisse im Krieg sprach Martha Kopka mit ihren Kindern nur einmal, kurz vor ihrem Tod. Kees Maas sprach zwar mit Freund*innen über seine Zeit als Zwangsarbeiter, den Kindern aber erzählte er nur wenig. Heute bedauern Erika van Santen und Ton Maas, ihre Eltern nicht nach ihrer Geschichte gefragt zu haben. Im Jahr 2016 begann Ton Maas, intensiv die Familiengeschichte zu erforschen. Im Nachlass ihres Vaters fanden die Geschwister Tagebücher aus dessen Zeit als Zwangsarbeiter in Deutschland, Briefe von Kees Maas an seine Eltern und von Martha Kopka an ihn. Auf Grundlage dieser Dokumente hat Ton Maas ein Buch über die Geschichte seiner Eltern geschrieben.

»Ich fühle mich jetzt nicht mehr allein.«

Gerd Raatz²

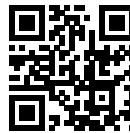
Ausblick

Für viele Teilnehmer*innen des Projekts »trotzdem da!« war es neu, andere Betroffene zu treffen. Im Austausch in den Foren und bei der Eröffnung der Ausstellung in der Gedenkstätte Lager Sandbostel am 7. Dezember 2024 haben sie erlebt, dass sie mit ihren Familiengeschichten nicht allein sind, sondern mit anderen Erfahrungen teilen.

Der Austausch in Begegnungen zwischen Projektteilnehmer*innen von »trotzdem da!« und Aktiven des Projekts »Multi-peRSPEKTif« hat zudem gesellschaftliche Kontinuitäten deutlich gemacht: Rassismus und der abwertende Blick auf Kinder aus nicht konformen Beziehungen sind nicht überwunden, sondern wirken bis heute.

Insbesondere durch das letzte Forum rund um die Eröffnung zeigten die Teilnehmer*innen ihren Wunsch, sich einerseits in der Gesellschaft zu engagieren, um vor allem gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Intoleranz einzutreten, andererseits ihren Wunsch, dass der Austausch untereinander in irgendeiner Form bestehen bleibt, trotz des Endes des Projektes »trotzdem da!«

Die Wanderausstellung ist nun an verschiedenen Orten in ganz Deutschland zu sehen. Weitere Informationen zu den Orten und Terminen finden Sie auf der Website:



www.trotzdemda.de

Dr. Gwendoline Cicottini, Lucy Debus, Jan Dohrmann sind Kurator*innen der Wanderausstellung »trotzdem da!« der Gedenkstätte Lager Sandbostel.

-
- 1 Interview mit Ingelore Prochnow, Juli 2024.
 - 2 Sohn einer Deutschen und eines französischen Kriegsgefangenen, während des ersten »trotzdem da!«-Projektforums, 2023.



Blick in die Wanderausstellung
»trotzdem da!«, 6. Dezember 2024.

© Johanna Becker,
Gedenkstätte Lager Sandbostel

Iris Groschek · Clara Mansfeld

#GeradeJetzt

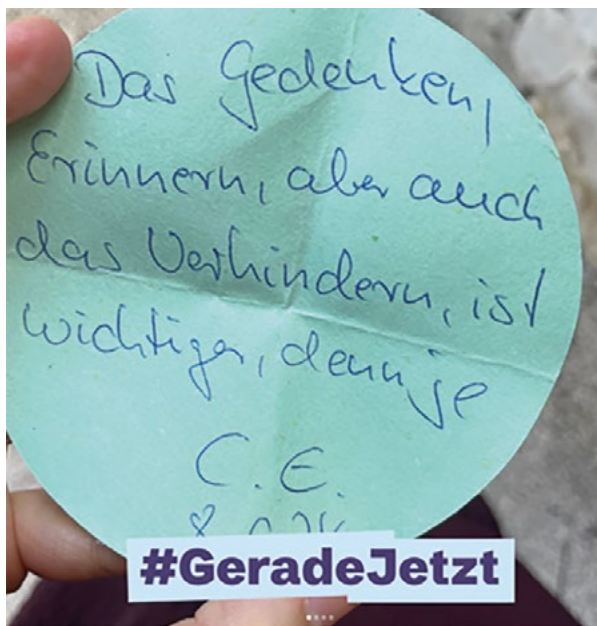
Eine bundesweite Kampagne von Gedenkstätten,
Dokumentationszentren und Lernorten

Fotos von handgeschriebenen, wieder aufgefalteten Zetteln, auf denen steht: »Das Gedenken, Erinnern, aber auch das Verhindern, ist wichtiger denn je«, »You were important, all of you« oder »In Gedenken an den Uropa« sind auf dem Instagram-Account der Gedenkstätte Grafeneck zu sehen. In Grafeneck befand sich eine der Tötungsanstalten der »Aktion T4«, die dortige Gedenkstätte erinnert an über 10.000 Opfer der nationalsozialistischen Euthanasie-Verbrechen. Die Fotos zeigen Botschaften und Reaktionen, die Besucher*innen in die dortige Gedenkstättenmauer gesteckt haben. Auf dem Instagram-Account der Gedenkstätte sind die geposteten Fotos dieser Zettel mit einer pastellfarbenen Grafik unterlegt, darauf steht #GeradeJetzt.

Auf dem Instagram-Account des Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneeweide finden sich im selben Design Aussagen von Mitarbeiter*innen auf die Frage »Was bedeutet der 27. Januar für dich?« Daniel etwa antwortet: »Ich wünsche mir, dass der 27. Januar 2025 nicht nur für ein ritualisiertes Gedenken steht, sondern eine lebhaftere Erinnerung daran ist, welche gefährlichen Konsequenzen diese Ignoranz hat.«

Die Gedenkstätte KZ Lichtenburg erzählt – ebenfalls mit der gleichen Gestaltung und unter der Verwendung des Hashtags #GeradeJetzt die Geschichten Inhaftierter. Etwa die von Albertine Hedwig Key, die sich erst 1961 – lange nach überstandener Haft – endlich ihren Berufswunsch Lehrerin erfüllte, oder von Ernst Kubbe, einen Transmann, der im KZ Lichtenburg inhaftiert war und dessen Geschichte wir fast nur aus Täterdokumenten erzählen können.

Dies sind nur wenige Beispiele, die die thematische Vielfalt zeigen, mit der Gedenkstätten und Lernorte sich an der Anfang 2025 gestarteten Kampagne #GeradeJetzt beteiligt haben: Eindrücke von Besucher*innen der Gedenkorte und Erinnerungsorte, Überlegungen von Gedenkorte-Mitarbeiter*innen darüber, was ihre Arbeit heute ausmacht, aber vor allem auch die – teils nach wie vor wenig bekannten – Lebensgeschichten und Biografien der Opfer nationalsozialistischer Herrschaft und die Geschichten ihrer Angehörigen und Nachkomm*innen.

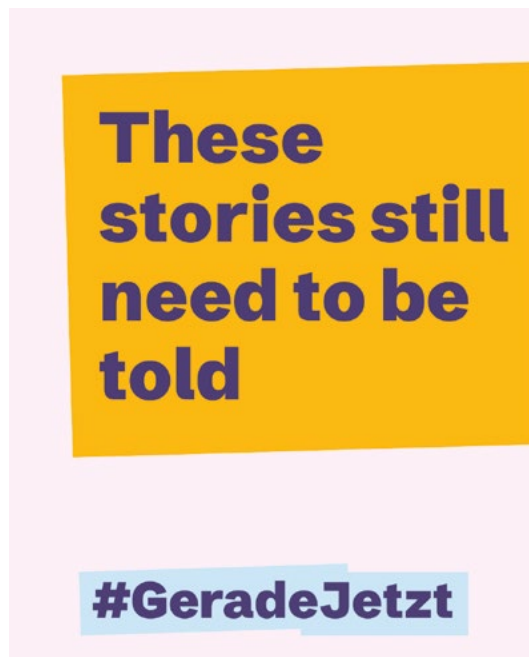


Instagram-Posting der
Gedenkstätte Grafeneck,
22. Januar 2025

© Gedenkstätte Grafeneck

Sharepic »These stories still
need to be told« der Kampagne
#GeradeJetzt

© Stiftung Hamburger Gedenkstätten und
Lernorte, BarPacífico



Warum gerade jetzt?

Die bundesweite Kampagne #GeradeJetzt ist eine Social-Media-Kampagne, die auch in den analogen Raum reicht. Bei der mehrteiligen Kampagne wollen Gedenkstätten und Lernorte zum 80. Jahrestag der Befreiung im Jahr 2025 explizit vor dem Hintergrund aktueller nationalistischer oder auch revisionistischer Tendenzen in der Gesellschaft Bezüge zur Gegenwart sichtbar nach außen darstellen und damit die Relevanz ihrer historischen Orte für die heutige Gesellschaft betonen – unter anderem indem Kontinuitäten aufgezeigt werden und Geschichten von Menschen erzählt werden, die sich in ihrem gesellschaftlichen Engagement auf die Folgen aus der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft beziehen. Auch die Zusammenarbeit – und damit Zusammenhalt und Solidarität unter den Einrichtungen – soll mit der gemeinsamen Aktion gestärkt werden, und die Sichtbarkeit der historischen Orte und der vielfältigen Gedenkstättenarbeit erhöht werden. Die Kampagne will Aufmerksamkeit für die aktuelle Situation von Gedenkorten schaffen, Kritik an aktuellen Formen von Extremismus üben und deutlich auf Angriffe, denen Gedenkstätten in der aktuellen Lage ausgesetzt sind, hinweisen – und das alles unter einem gemeinsamen wiedererkennbaren Design und dem Hashtag #GeradeJetzt.

Oliver von Wrochem, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland und Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme beschrieb dies in der dazugehörigen Pressemitteilung zur Kampagne folgendermaßen: »Mit #GeradeJetzt wollen wir gemeinsam eine große Sichtbarkeit der historischen Orte und der vielfältigen Gedenkstättenarbeit erzeugen und gleichzeitig die Aufmerksamkeit auf unsere Themen lenken. Ich wünsche mir, dass viele Gedenkstätten gewonnen werden können, sich an der Kampagne beteiligen, die auch Zusammenhalt und Zusammenarbeit signalisiert – denn unserer Botschaften sind wichtig – gerade jetzt.«



RememBarcamp in Hadamar 2024

© Gedenkstätte Hadamar

**#WeRemember, #75Befreiung,
#LichterGegenDunkelheit und
#WissenWasWar**

Die Idee zur Kampagne #GeradeJetzt entstand im Jahr zuvor auf dem RememBarcamp – dem jährlichen Treffen von Menschen, die sich in Gedenkstätten mit digitalen Themen auseinandersetzen. Hier wurde der Wunsch, aktuelle Geschichten zu erzählen, die sich aus der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus ergeben, deutlich, und auch die Hoffnung kleinerer Gedenkstätten, durch eine gemeinsame Aktion sowohl mehr Sichtbarkeit als auch mehr Aufmerksamkeit für ihre Probleme zu erhalten. Nach einem ersten gemeinsamen Posting im September 2024 aus Anlass der Gedenkstättenkonferenz in Weimar hatte #GeradeJetzt seinen offiziellen Auftakt am 22. Januar 2025 mit einer ersten Sharepic-Aktion. Weitere Aktionen wurden und werden bis zu den Gedenktagen im April und Mai 2025 stattfinden.

Die Sozialen Medien haben viele Gedenkorte nur zögerlich für sich, für das Bewerben der eigenen Arbeit und für das Storytelling entdeckt. Dies lag und liegt sowohl an einer allgemeinen Skepsis gegenüber den mediumseigenen Dynamiken als auch an fehlenden Ressourcen in der Öffentlichkeitsarbeit. Aber insbesondere durch die Covid-19-Pandemie hat auch in den Gedenkorten ein deutlich wahrzunehmender Digitalisierungsschub stattgefunden, der sich einerseits in vielfältigen digitalen Konzepten in der Vermittlungsarbeit zeigte und andererseits in einer deutlich ausgebauten Präsenz der deutschen Gedenkstättenlandschaft auf Social-Media-Plattformen. Dies ging auch mit der Erkenntnis einher, dass die Sozialen Medien durchaus ein Ort sind, an dem (jüngere) Interessierte erreicht werden können – und zwar



Banner »Demokratie braucht Erinnerung. #GeradeJetzt« am Eingang zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme

© Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte

auf direktem Wege –, und dass diese Medien mittlerweile auch generell relevante Orte sind, auf denen zentrale gesellschaftliche Diskurse – auch über Geschichtspolitik und Erinnerungskultur – verhandelt werden.

Bereits zum 75. Jahrestag – der Jahrestag, als alle Gedenkfeiern aufgrund der Pandemie kurzfristig abgesagt und nur in sehr kleinem Rahmen stattfinden konnten – gab es eine zeitlich begrenzte gemeinsame Social-Media-Kampagne unter dem Titel #75Befreiung, die unter täglich wechselnden Stichworten vor allem Geschichten ehemaliger Häftlinge erzählte, aber auch schon aus der aktuellen Arbeit der Gedenkstätten berichtete. Für die Kampagne wurde vor allem der Kurznachrichtendienst Twitter als primäre Plattform genutzt. Der Hashtag #75Befreiung war das verbindende Element.

Zwischen 2019 und 2023 gab es die gemeinsame Kampagne #LichterGegenDunkelheit, die vorwiegend analog stattfand und Bilder, die in Gedenkstätten um den 27. Januar und den weiteren Gedenktagen entstanden, im Digitalen teilte. 2024 schloss sich die Kampagne #WissenWasWar an, die die historischen Orte und die mit ihnen verbundenen Biografien in den Vordergrund stellte. Aufgrund einer sich verändernden Social-Media-Landschaft spielte sich #WissenWasWar inzwischen primär auf Instagram ab, der gemeinsame Hashtag hatte fast mehr die Funktion einer Überschrift. Die Zugehörigkeit zur Kampagne wurde durch ein gemeinsames Design – darunter gemeinsame Sharepics und ein gemeinsames Template – ausgewiesen.



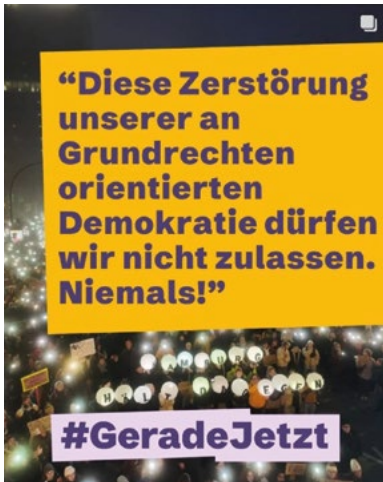
Allen diesen Kampagnen aus dem Gedenkstättenbereich gelang es, partiell eine erhöhte Sichtbarkeit für die Arbeit von Gedenkortern und für ihre Inhalte in den im Alltag immer präsenteren Sozialen Medien zu erzeugen. Die Aufmerksamkeit generierte sich zeitlich vor allem um den 27. Januar und den anschließenden Befreiungs-Jahrestagen. Vielleicht auch deshalb stellte sich für den anstehenden 80. Jahrestag nicht die Frage, *ob* es eine erneute gemeinsame Kampagne geben würde, sondern eher, *wie* diese aussehen könne.

RememberCamp und LunchTalk

Mittlerweile gibt es auch entsprechende Strukturen, um sich im Vorfeld und dialogisch mit Menschen, die in Gedenkstätten arbeiten, auszutauschen und gemeinsam zu planen: das seit 2022 jährlich stattfindende RememBarcamp. In dem nach dem Barcamp-Prinzip veranstalteten Treffen können Teilnehmende im Vorfeld oder auch spontan vor Ort Vorschläge für 45-minütige Sessions einreichen. In der 2024 gastgebenden Gedenkstätte Hadamar boten Iris Groschek, Juliane Grossmann und Clara Mansfeld eine Session »Gemeinsame SoMe Aktion 2025« an und schnell wurde deutlich, dass es vielen Teilnehmer*innen ein Bedürfnis war, nicht nur an die Geschehnisse vor 80 Jahren zu erinnern, sondern insbesondere Bezüge zur Gegenwart herzustellen und deutlich zu machen, warum die Arbeit von Gedenkortern derzeit besonders wichtig, aber auch bedroht ist – vor allem unter dem Eindruck von vermehrt festzustellenden

Übergriffen auf Gedenkstätten und angesichts der damals anstehenden Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Die Umfragen im Juli 2024 ließen ein Szenario realistisch erscheinen, in dem die AfD die stärkste Kraft werden würde (was sich mit der Ausnahme von Brandenburg als richtig erweisen sollte). Mitarbeitende von Gedenkstätten stellt diese Entwicklung vor neue Herausforderungen. Daraus resultierte der Wunsch nach einer Kampagne, die nicht die Zahl »80« in den Vordergrund stellen sollte, sondern Kontinuitäten zum Heute klar herausarbeiten, mutig und kämpferisch auftreten und explizit auf Problemlagen hinweisen sollte. Auf dem Protokoll-Plakat der Session findet sich bereits der namensgebende Hashtag #GeradeJetzt als einer der Vorschläge.

Vertieft und konkretisiert wurden die Ideen während zwei Online-Lunch-Talks. Die weitere Kommunikation bis heute verläuft primär über einen eigens erstellten großen E-Mail-Verteiler sowie einen digsmem-Slack-Kanal und einen eigenen Space auf der digitalen Plattform Digital Collective Memory. Zudem wurden Online-Termine zur praktischen Unterstützung von Gedenkstätten als auch zur Besprechung von Zwischenständen zur Kampagne angeboten, sodass der Verlauf und die immer wieder anstehenden Entscheidungen durch das organisierende Komitee aus dem Gedenkstättenreferat, dem Dokumentationszentrum Zwangsarbeit und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in größerem kollegialen Rahmen überprüft werden konnte.



Vier Beispiele von Instagram-Postings während der Kampagne #GeradeJetzt

© V. I. n. r.: Erinnerungsort Topf&Söhne, Gedenkstätte Buchenwald, Gedenkstättenreferat, Story eines Posts der KZ-Gedenkstätte Neuengamme auf dem Instagram-Account des Hamburger Finanzsenators Andreas Dressel

Gedenkstättenkonferenz in Weimar

Zeitgleich zu diesen inhaltlichen Entwicklungen und Wünschen aus den Gedenkstätten heraus hatte sich auch die im September 2024 in Weimar stattfindende 12. Gedenkstättenkonferenz der Gedenkstättenleitungen mit dem Thema »Kulturkampf von Rechts: Gefahren und Gegenstrategien« auseinandergesetzt und auf

Initiative des Gedenkstättenreferats der Topographie des Terrors eine gemeinsame Pressemitteilung sowie einen Social-Media-Post vorbereitet. Darin stellte sie fest: »Zahlreiche Gedenkstätten und Lernorte zu den NS-Verbrechen sind seit Jahren politischen Anfeindungen ausgesetzt. Die jüngsten Ereignisse im Rahmen der Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg haben gezeigt, dass diese massiven Angriffe auf die Erinnerungskultur keine Einzelfälle sind: NS-Verbrechen werden verharmlost oder geleugnet, Mitarbeitende bedroht, Bildungsprogramme gezielt gestört und Denkmäler beschädigt.« Ausgehend davon beschäftigte sich die Konferenz mit »Strategien und Bildungsformate[n], die die Widerstandsfähigkeit der Demokratie stärken können«. Der Tenor der Konferenz war, dass man »weiterhin für eine kritische Erinnerungskultur kämpfen« müsse. Die Verbindungen zur bereits geplanten Social-Media-Kampagne #GeradeJetzt sorgte dafür, dass in der Folge erstmals der Hashtag #GeradeJetzt verwendet wurde. Mit dem Slogan »Aus der Geschichte lernen. Demokratie verteidigen. #GeradeJetzt« wiesen am 26. September 2024 die meisten der an der Konferenz teilnehmenden Gedenkorte auf ihren Accounts auf die Inhalte der Gedenkstättenkonferenz und die Bedrohung von rechts hin und führten so den gemeinsamen Hashtag ein.

Facebook-Sharepic
»Was hättest Du getan?
heißt jetzt Was tust Du?«

© Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte, BarPacífico



Demokratie braucht Erinnerung

Nach diesem *Softlaunch* erfolgte der Kampagnenauftritt am 22. Januar 2025. In der Zwischenzeit war es aufgrund einer zweckgebundenen Spende möglich geworden, gemeinsam mit der Grafikagentur BarPacífico ein Kommunikationskit zu entwickeln, auf das Interessierte über eine Canva-Website zugreifen können. Mit der Hilfe einer zusammenfassenden und erklärenden eigenen Seite auf der Website des Gedenkstättenforums und eines breiten Streuens der Aktion auch per E-Mail wurden Gedenkstätten und Lernorte auf die Aktion aufmerksam und fanden die Möglichkeit, sich auch niedrigschwellig zu beteiligen. Gestartet wurde mit einer Sharepic-Kampagne, die ein gemeinsames Design etablierte. Im Zentrum standen vorbereitete Slogans wie: »Demokratie braucht Erinnerung! #GeradeJetzt« oder »Was hättest du getan? heißt jetzt Was tust du? #GeradeJetzt«. Zunächst ging es darum, die Kampagne allgemein sichtbar zu machen und zu etablieren. Besonders zielte dies – ebenso wie die begleitende Pressemitteilung – auf Multiplikator*innen, Journalist*innen, Medienschaffende und Politiker*innen ab. Die Reaktionen waren positiv und zahlreich: Über #GeradeJetzt wurde in den Medien berichtet, es wurden Radiointerviews gegeben und weitere Akteur*innen schlossen sich der ursprünglichen gedenkstättenbezogenen Kampagne an, darunter Museen, Kulturinitiativen, Jugendprojekte, Stiftungen und Angehörige.

These stories still need to be told

Bereits rund um den 27. Januar 2025, dem Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust, startete der nächste Teil der #GeradeJetzt-Kampagne: »These stories still need to be told. Diese Geschichten müssen weiterhin erzählt werden.« Diese Posts legten einen Fokus auf die vielfältigen Geschichten der historischen Orte und der mit ihnen verbundenen Menschen. Das meinte zunächst die Opfer und Überlebenden, aber explizit auch die zweite, dritte und vierte Generation von Angehörigen,



um die Bedeutung der nationalsozialistischen Zeit und ihren Folgen bis heute deutlich zu machen, und um Kontinuitäten aufzuzeigen, indem beispielhaft und individuell Antworten auf die Frage gegeben wurden, was NS-Geschichte 80 Jahre später heute noch mit unserer Gesellschaft zu tun hat. Hauptsächliche Zielgruppe war jetzt die allgemeine Öffentlichkeit. Es folgte in den Postings der Gedenkstätten ein breites Panorama an Biografien von Opfern und Überlebenden, dabei wurden viele verschiedene Opfergruppen in den Fokus gerückt, genauso aber auch Videos und Statements von Angehörigen über die Bedeutung der Verfolgungserfahrungen bis heute oder Aussagen von Mitarbeiter*innen geteilt, was sie persönlich mit dem besonderen Datum des 27. Januar verbinden. Dieser Teil der #GeradeJetzt-Kampagne ist nicht zu Ende, Geschichten werden nach wie vor auf Social-Media-Plattformen gepostet. Im Ohr bleibt vielleicht die Stimme von Katrin Duerinckxs, deren Großvater aus Meensel-Kiezegem in Belgien in das KZ Neuengamme deportiert wurde, und die über die Weitergabe von Erinnerung sagt: »When I don't do it, it stops after me.«



Einsatz der Fußboden-
Schablone für »Ich bin hier«

© Stiftung Hamburger Gedenkstätten
und Lernorte



Instagram-Post

© Junge Nahe Kirche Idar-Oberstein

Ich bin hier

Ab Mitte März wird die digitale Kampagne um einen analogen Teil ergänzt, der Inhalte direkt an die historischen Orte bringt und Besuchende dazu ermuntern soll, sich unter der Überschrift »Ich bin hier« mit ihrem Besuch einer Gedenkstätte oder eines Lernortes und der Bedeutung dieses Ortes für sie persönlich – 80 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus – auseinanderzusetzen. Dazu gibt es verschiedene Kommunikationsaufforderungen in den Gedenkstätten, neben ganz klassischen wie Postkarten, Stickern, Postern und Bannern wird mit Schablonen für Sprühkreide und Fußbodenaufklebern gearbeitet. Diese zeigen den Textzug »Ich bin hier. #GeradeJetzt«, um Besucher*in-

nen aufzufordern, ein Foto in der Gedenkstätte zu machen und dieses gemeinsam mit ihren Gedanken zum Besuch zu teilen. So sollen Gedenkorte als Räume, die eine individuelle Erfahrung ermöglichen, wahrgenommen werden. Gedenkstätten sind Orte, die Wissenserwerb und Bildung eines kritischen Geschichtsbewusstseins fördern. Der Slogan »Ich bin hier« kann von Gedenkstätten auch genutzt werden, um darauf hinzuweisen, dass die Existenz der Gedenkstätten nicht selbstverständlich ist und einige in der aktuellen politischen Situation bedroht sind. #GeradeJetzt wird bis zum Ende der individuellen Gedenktage im April und Mai 2025 fortgeführt werden.



Social-Media-Kampagne #GeradeJetzt gegen das Vergessen

WDR 3 Resonanzen | 24.01.2025 | 08:44 Min. | Verfügbar bis 24.01.2026 | WDR 3

Mit einer Social-Media-Kampagne anlässlich des Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz will Iris Groschek die Erinnerung an die Barbarei der Nazis wach halten. Dabei sollen Nutzer auch emotional angesprochen werden, erklärt die Historikerin im Gespräch.

[Download](#)

WDR3-Bericht vom 24. Januar 2025
zur Kampagne #GeradeJetzt
(verfügbar bis 24. Januar 2026)

Was hättest du getan? heißt jetzt

Was tust du? – ein Zwischenfazit

Der Erfolg der Kampagne #GeradeJetzt zeigt, dass es sich für Gedenkorte in Deutschland lohnt, in den Sozialen Medien gemeinsam Position zu beziehen. Das führt auch zu einer potenzierten Aufmerksamkeit in den klassischen Medien, aber auch bei sogenannten Stakeholdern, wie politischen Entscheider*innen, und der allgemeinen Öffentlichkeit. Ein sichtbares gemeinsames Auftreten, in diesem Fall mit eigenem Hashtag und eigenem Design, bündelt die individuellen Reichweiten der Gedenkorte und verbessert die Ausgangslage innerhalb der hochkompetitiven Aufmerksamkeitsökonomie in den Sozialen Medien deutlich. Diese digitale Wahrnehmbarkeit wiederum kann offline genutzt werden.



Zum WDR3-Bericht

Bereits Ende Januar gab es allein auf Instagram zum Hashtag #GeradeJetzt die ersten 1.000 Postings, die zusammen mehr als 600.000 Menschen erreicht haben. Da die meisten Gedenkstätten den Kurznachrichtendienst X (ehemals Twitter) verlassen haben, wird nun etwa Bluesky genutzt, wo allein am 27. Januar 2025 in über 200 Postings der Hashtag genutzt wurde. Kampagnen wie #GeradeJetzt fördern insbesondere auch die Sichtbarkeit von kleineren Gedenkorten, für deren Social-Media-Präsenzen die Multiplikation durch das digitale Netzwerk von Gedenkorten besonders wertvoll ist. Durch gemeinsame und sichtbare Aktionen werden Social-Media-Plattformen nicht zuletzt auch innerhalb der Gedenkorte als wichtige Diskursräume ernster genommen.

Der deutliche Gegenwartsbezug der Kampagne ist im Kontext eines größeren Trends zur öffentlichen Intervention durch Gedenkorte zu sehen. Viele Gedenkorte stellen direktere Bezüge zwischen ihrer Arbeit und dem politischen Tagesgeschehen her. Diese Entwicklung ist natürlich mindestens in dem Maße Reaktion auf die zunehmende Gefährdung gedenkpolitischer Übereinkünfte wie sie Ausdruck eines geschichtsdidaktischen Sendungsbewusstseins ist. Ein Beispiel für die Wirkung der aktuellen Kampagne auf den politischen Diskurs ist, dass nach dem Unionsantrag am 29. Januar 2025 zur Verschärfung der Migrationsbegrenzung, dem die AfD zugestimmt hatte, viele Social-Media-Accounts das *Was hättest du getan?* heißt jetzt *Was tust du?*-Sharepic erneut nutzen. Die von der Kampagne gewünschte Betonung der Relevanz von historischer Bildung für aktuelle Diskurse wurde dezidiert auch in anderen Kontexten aufgegriffen. Postkarten mit Aussagen zur Relevanz von Erinnerungsorten wie »Demokratie braucht Erinnerung« oder »Aus der Geschichte lernen. Demokratie verteidigen« wurden beispielsweise in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme von Besucher*innen mitgenommen und auf vor der Bundestagswahl stattfindenden Demonstrationen gegen Rechtsextremismus verteilt.

Iris Groschek ist Historikerin und leitet die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Social Media in der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte und ist Mitinitiatorin des Format #rememBarcamp.

Clara Mansfeld ist Historikerin und arbeitet in der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte in der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Social Media. Hier ist sie zuständig für digitale Kommunikation.

-
- 1 Pressemitteilung, 22. Januar 2025: #GeradeJetzt. Geschichtsvergessenheit führt zu Demokratieverlust. Gemeinsame hybride Kampagne von Gedenkstätten und Lernorten gestartet, www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/fileadmin/user_upload/aktuelles/2025/PM/2025.01.22_Gedenkstaetten_sind_wichtig_fuer_die_Demokratie_-_Kampagne_GeradeJetzt_gestartet.pdf (zuletzt abgerufen: 10. März 25)
 - 2 Bericht zur 12. Gedenkstättenkonferenz (zuletzt abgerufen: 10. März 2025), www.gedenkstaettenforum.de/aktivitaeten/gedenkstaettenkonferenzen/vergangene-gedenkstaettenkonferenzen/bericht-12-gedenkstaettenkonferenz
 - 3 Projektseite auf dem GedenkstättenForum (zuletzt abgerufen: 11. März 2025), www.gedenkstaettenforum.de/aktivitaeten/kampagnen/geradejetzt

Lea Fischer

Kleinere Gedenkstätten in peripheren ländlichen Räumen

Besondere Potenziale und Unterstützungsbedarfe

Mehr als die Hälfte der bundesrepublikanischen Bevölkerung lebt in ländlichen Regionen.¹ Ländliche Räume haben daher eine hohe Relevanz auch mit Blick auf Maßnahmen der politischen Bildung. Allerdings fallen die Mittel für Demokratieförderung und Bildungsarbeit hier bisher deutlich geringer aus als in den Städten. Erst in den letzten Jahren sind vermehrt Programme aufgelegt worden, die speziell auf die Förderung von politischer Bildung in ländlichen Räumen ausgerichtet sind.²

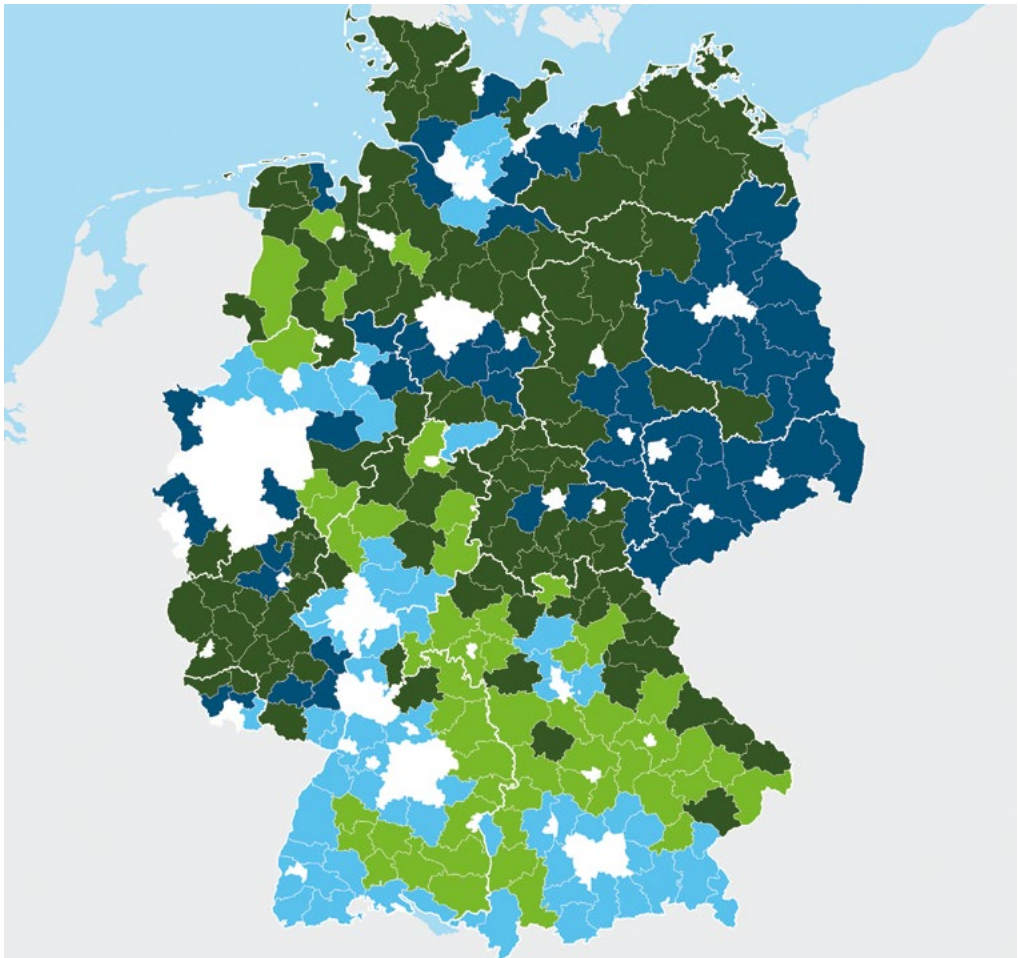
Die heutige Gedenkstättenlandschaft zu den NS-Verbrechen in der Bundesrepublik ist dezentral geprägt und hat sich historisch wesentlich auch aufgrund von lokalem bürgerschaftlichem Engagement entwickelt. Eine Vielzahl der Gedenkstätten befindet sich in ländlichen Regionen. Jenseits der auch überregional bekannten Institutionen etwa an den Orten großer nationalsozialistischer Konzentrationslager handelt es sich dabei häufig um kleinere Einrichtungen, die von wenigen Mitarbeiter*innen und/oder zivilgesellschaftlichen Strukturen getragen werden. Dadurch, dass sie die NS-Vergangenheit anhand konkreter Spuren in der Nachbarschaft

dokumentieren, eröffnen sie regionale Räume, um sich mit dieser Vergangenheit und ihren vielfältigen Nachwirkungen auseinanderzusetzen.

Gedenkstätten als Orte historisch-politischer Bildung in ländlichen Räumen

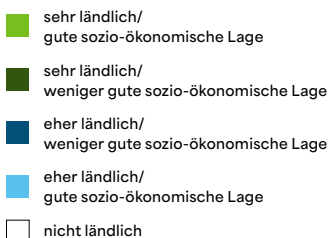
Gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Gefahren und Herausforderungen für die Demokratie sind diese kleineren, dezentralen Gedenkstätten als bedeutende Orte der historisch-politischen Bildung in ländlichen Regionen zu begreifen. Nicht zuletzt angesichts einer zunehmenden »völkischen Landnahme«³ können sie überdies als Knotenpunkte in regionalen Netzwerken für eine dringend benötigte Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft in ländlichen Räumen fungieren.⁴

Daher habe ich in meiner 2023 abgeschlossenen Masterarbeit im Bereich Regionalentwicklung an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde nach deren spezifischen Potenzialen und Bedarfen gefragt.⁵ Vor allem haben mich dabei die Einschätzungen und Perspektiven der Akteur*innen vor Ort



Grafik: Typisierung ländlicher Räume

© Thünen-Instituts



interessiert. Wichtige Anregungen und Kontakte für meine Forschung habe ich im Austausch mit David Gilles vom Berliner Anne Frank Zentrum gewonnen, das seit 2020 ein Netzwerk von Akteur*innen der Erinnerungsarbeit in ländlichen Räumen aufbaut.⁶

Bei der Auswahl geeigneter Einrichtungen habe ich mich an einer Typisierung ländlicher Räume orientiert, die Patrick Küpper für das Thünen-Institut vorgenommen hat. Küpper unterscheidet nicht nur »städtische« von »ländlichen« Räumen, sondern differenziert Letztere auch noch hinsichtlich ihrer »Ländlichkeit« und sozioökonomischen Lage. »Sehr ländliche« Regionen, die sich zugleich durch eine »weniger gute sozioökonomische Lage« auszeichnen, machen dabei flächenmäßig knapp 40 Prozent der Bundesrepublik aus, wobei nur 16 Prozent der Bevölkerung dort leben.⁷



Vier kleinere Gedenkstätten als Untersuchungsgegenstand

Gegenstand meiner Untersuchung, die ich in den Jahren 2022/23 durchgeführt habe, sollten Gedenkstätten sein, die in solchen Regionen liegen. Als weitere Auswahlkriterien habe ich definiert, dass zivilgesellschaftliches Engagement dort eine tragende Rolle spielt und es nicht mehr als zwei fest angestellte Mitarbeiter*innen gibt.

Ausgehend davon habe ich vier Gedenkstätten in Nord- und Ostdeutschland ausgewählt. Zwei davon sind noch in der DDR entstanden und haben nach der deutsch-deutschen Vereinigung eine umfassende Transformation durchlaufen. Die anderen beiden befinden sich auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik und entwickelten sich infolge bürgerschaftlichen Engagements seit den 1980er-/90er-Jahren. Alle vier Gedenkstätten befinden sich seit den 2000er-Jahren in komplexen Institutionalisierungs- und Professionalisierungsprozessen. Konkret handelt es sich um folgende Einrichtungen:

KZ- Gedenkstätte Laura, Lehesten, Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, Thüringen:

Die Gedenkstätte erinnert an ein Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald und wurde 1979 eingeweiht. 1991/92 wurde sie überarbeitet. 1998 gründete sich ein Förderverein. Bis 2012 wurde die Gedenkstätte erweitert und neugestaltet. Sie befindet sich in Trägerschaft des Landkreises.⁸ Zum Zeitpunkt meiner Forschung bestand dort eine feste Stelle.

Gedenkstätte Todesmarsch im Belower Wald, Wittstock/Dosse, Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Brandenburg:

Die Gedenkstätte erinnert an einen Todesmarsch aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen. 1981 wurde dort ein Museum als Außenstelle der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen eingerichtet. Nach 1990 wurde das Museum als Teil der neu gegründeten Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten überarbeitet. Infolge eines neonazistischen Brandanschlages entstand 2002 ein Freundeskreis. 2010 eröffnete die erweiterte und neugestaltete Gedenkstätte.⁹ Dort arbeiteten zum Zeitpunkt meiner Forschung zwei Festangestellte.



KZ-Gedenkstätte
Laura, Lehesten,
Landkreis Saalfeld-
Rudolstadt, Thüringen

Gedenkstätte Todes-
marsch im Belower
Wald, Wittstock/Dosse,
Landkreis Ostprignitz-
Ruppin, Brandenburg

© Lea Fischer

KZ-Gedenkstätte Engerhufe, Engerhufe/
Südbrookmerland, Landkreis Aurich,
Niedersachsen:

Die Gedenkstätte erinnert an ein Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme. Seit den 1980er-Jahren entwickelte sich hier ein bürgerschaftliches Engagement. 2009 gründete sich der Trägerverein der heutigen Gedenkstätte. 2024 wurde eine neue Dauerausstellung eröffnet.¹⁰ Zum Zeitpunkt meiner Forschung bestanden zwei befristete Projektstellen.

Gedenkstätte Ahrensböök, Ahrensböök,
Landkreis Ostholstein, Schleswig-Holstein:

Die Gedenkstätte erinnert an ein frühes Konzentrationslager und weitere Aspekte der lokalen NS-Vergangenheit. Seit den 1990er-Jahren entwickelte sich ein zunehmender Erinnerungsaktivismus. Aus einer Bürgerinitiative ging im Jahr 2000 der Trägerverein der Gedenkstätte hervor, die 2001 eröffnet wurde.¹¹ An der Gedenkstätte arbeiteten zum Zeitpunkt der Interviews zwei Festangestellte.

Im Jahr 2023 habe ich in diesen vier Einrichtungen leitfadengestützte Expert*inneninterviews durchgeführt, in denen nach inhaltlichen Zielen, Erfahrungen mit den jeweiligen Rahmenbedingungen der Gedenkstättenarbeit sowie diesbezüglichen Unterstützungsbedarfen gefragt wurde. Dabei kamen insgesamt sechs Personen zu Wort, die an den jeweiligen Orten aktiv sind: Gründer*innen von Vereinen und langjährig ehrenamtlich tätige, aber auch fest angestellte Mitarbeiter*innen.

Die Interviews wurden anschließend mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Im Folgenden möchte ich ausgewählte Ergebnisse vorstellen. Dabei konzentriere ich mich auf spezifische Potenziale kleinerer Gedenkstätten aus Sicht der dort Engagierten sowie auf von diesen geäußerte typische Schwierigkeiten und daraus resultierende Unterstützungsbedarfe.

Spezifische Potenziale kleinerer Gedenkstätten in peripheren ländlichen Räumen

Die inhaltlichen Ziele der Befragten unterscheiden sich nicht von denen anderer Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen. Allerdings heben sie hervor, dass kleinere Gedenkstätten in ländlichen Räumen die Omnipräsenz der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Mordpolitik besonders gut nachvollziehbar machen können. Mit ihrer Arbeit wollen sie einen kritischen Beitrag zum regionalen Geschichtsbewusstsein leisten. Mehrfach führen sie das Bild des »Stachels« an, um das anhaltende Irritationspotenzial der historischen Orte in der ländlichen Lebenswelt zu beschreiben.

Kleinere Gedenkstätten in ländlichen Räumen pflegen überregionale Netzwerke, die auf ihre regionale Umgebung zurückwirken. Von herausragender Bedeutung sind für die Aktiven ihre – auch internationalen – Kontakte zu ehemals Verfolgten und deren Angehörigen, von denen viele regelmäßig an Gedenk- und Bildungsveranstaltungen teilnehmen. Darüber hinaus sind die Einrichtungen in wissenschaftliche und kollegiale Netzwerke eingebunden, die nicht zuletzt einem mitunter empfundenen Einzelkämpfer*innenstatus vor Ort entgegenwirken, wie ein*e Gesprächspartner*in betont: »Manchmal fühlt sich das wie ein Kampf gegen Windmühlen an, in dem man alleine gegen die Windmühlen kämpft und es immer mehr werden. Vernetzung trägt gegen ein Vereinsamungsgefühl bei.«

Die kleineren Gedenkstätten und ihre Trägervereine sind auch aktive Akteurinnen innerhalb regionaler Infrastrukturen. So bestehen oft langjährige Kooperationen mit umliegenden Schulen und anderen Bildungsträgern. Auch wird mit anderen Museen, Kultureinrichtungen, Kirchen, Sportvereinen, politischen Entscheidungsträger*innen, Bürger*inneninitiativen und Akteur*innen aus dem Bereich des Tourismus zusammengearbeitet. Eine*r der Befragten berichtete von einem Projekt, das regionale Kultureinrichtungen vernetzt: »Eine Fahrradkarte verknüpft die Orte miteinander.

Die ist über das Tourismuszentrum verteilt worden als vorgeschlagene Fahrradrouten.« So werde erkennbar, dass die NS-Vergangenheit »nicht etwas ist, das exotisch und außerhalb von den anderen Ereignissen ist, sondern dass es ein Teil der Geschichte ist und damit selbstverständlich in diese Route gehört.«

Angesichts des zunehmenden Rechtsextremismus engagieren sich kleinere Gedenkstätten in ländlichen Räumen vermehrt in regionalen Bündnissen für Demokratie. Einige der Befragten sind sogar der Auffassung, dass Gedenkstätten als mittlerweile anerkannte Akteurinnen der politischen Kultur der Bundesrepublik in solchen Bündnissen eine zentrale Rolle spielen sollten. Doch nicht nur in diesem expliziten Engagement wird deutlich, dass kleinere Gedenkstätten in ländlichen Räumen mehr sind als bedeutende Instanzen eines kritisch-reflexiven Geschichtsbewusstseins. Sie sind auch ein relevanter Faktor in Netzwerken für die Pflege und den Erhalt einer demokratischen Kultur in ihrer Region. Durch ihre Kontakte zu ehemals Verfolgten und deren Nachkommen sowie durch die Organisation von Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung fördern sie zugleich den transnationalen Austausch.

Typische Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe kleinerer Gedenkstätten

Kleinere Gedenkstätten in ländlichen Räumen sehen sich vor vielfältige Herausforderungen gestellt. Einrichtungen, die sich in freier Trägerschaft befinden, müssen im Verhältnis zu ihren geringen Kapazitäten einen hohen Aufwand betreiben, um ihre Arbeitsfähigkeit über verschiedene Finanzierungsquellen (z.B. Förderprogramme, Projektförderung, öffentliche Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge...) immer wieder aufs Neue abzusichern. Doch auch Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft leiden mitunter an struktureller Unterfinanzierung und fürchten, dass veränderte politische Machtverhältnisse ihre Arbeit unmittelbar gefährden könnten – vor allem dort, wo eine starke Abhängigkeit von kommunaler Förderung



KZ-Gedenkstätte Engerhufe,
Engerhufe/Südbrookmerland,
Landkreis Aurich, Niedersachsen

© Lea Fischer



Oft schwer erreichbar:
Öffentlicher Nahverkehr in
ländlichen Räumen

© Lea Fischer

wird vor allem mit Blick auf folgende Aufgaben beschrieben: historische Forschung, Weiterentwicklung von Ausstellungen und pädagogischen Formaten, Einarbeitung von Guides und Honorarkräften, Betreuung größerer oder parallel eintreffender Besucher*innengruppen, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, nachhaltige Archivierung und Dokumentation. Die Befragten konstatieren einen hohen Bedarf an Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen, dem allerdings fehlende finanzielle und zeitliche Ressourcen entgegenstünden.

Eine weitere große Herausforderung stellt der anstehende Generationswechsel in den Träger- und Fördervereinen dar, deren Mitglieder sich vielfach im fortgeschrittenen Rentenalter befinden. Prinzipiell wird ein generationeller Wechsel positiv gesehen. Jedoch wird ein massiver Verlust an historischem Wissen, praktischer Erfahrung und persönlichen Netzwerken befürchtet. Vor allem aber mangelt es vielerorts an Nachwuchs. Eine*r der Befragten beschreibt die Situation folgendermaßen: »Wir werden [...] die Herausforderung haben, wenn ich dann in Rente gehe und nicht mehr im Vorstand bin, dass wir keine jungen Leute haben.« Die anderen Vorstandsmitglieder seien etwa im gleichen Alter: »Von den vier [...] haben schon zwei erklärt, wenn ich dann rausgehe, weil ich in Rente gehe, dass sie auch rausgehen – sie denken dann, mit 70 kann man ja auch mal.« Der fehlende Nachwuchs wird damit erklärt, dass jüngere Leute aufgrund von Arbeit und Familie kaum Zeit für ehrenamtliches Engagement hätten. Zudem müssten junge Erwachsene in ländlichen Räumen ihre Herkunftsregion häufig verlassen, um eine Ausbildung zu machen oder Arbeit zu finden. Selbstkritisch wird auch darüber nachgedacht, wie die Vereinsarbeit attraktiver für junge Menschen gemacht werden kann.

besteht. Die langfristige Finanzierung ihrer Arbeit wird von den Befragten durchwegs als ungewiss eingeschätzt.

Zugleich befinden sich alle untersuchten Einrichtungen in einer Phase der Transformation. So bringt die fortschreitende Institutionalisierung und Professionalisierung eine Vielzahl von administrativen, organisatorischen und inhaltlichen Verantwortlichkeiten mit sich, die von wenigen festen Mitarbeiter*innen und/oder ehrenamtlichen Mitgliedern der Trägervereine bewältigt werden müssen, wobei sich die Arbeitsteilung zwischen Festangestellten und Ehrenamtlichen nicht immer einfach gestaltet. Ein Mangel an Zeit, Geld und Personal

Von ihrem regionalen Umfeld wünschen sich die Befragten mehr Unterstützung. Dies betrifft in erster Linie die Politik, aber auch Schulen und Bildungsträger. An die Schulen appellieren sie, mehr als bisher mit kleineren Gedenkstätten im direkten Umfeld zusammenzuarbeiten, anstatt in die prominenteren größeren Gedenkstätten zu fahren – zumal diese oft weiter entfernt lägen und lange im Voraus ausgebucht wären. Auch andere Bildungsträger sollten Besuche in umliegenden Gedenkstätten in Erwägung ziehen oder gemeinsam mit ihnen zielgruppenspezifische Angebote entwickeln.

Von der Politik fordern die Befragten mehr Rückhalt und kontinuierliches Engagement auch jenseits situativer Bekenntnisse an Gedenktagen. Eine*r der Befragten brachte das wie folgt auf den Punkt: »Ich wünsche mir, dass es mehr noch eine Herzensangelegenheit wird für die Leute. Gegenüber den Angehörigen bringen sie das zum Ausdruck, aber dann muss auch etwas passieren.« An erster Stelle steht dabei der Wunsch nach einer verlässlichen institutionellen Förderung und einem niedrighschwelligem Zugang zu Projektmitteln. So äußerte eine*r der Befragten: »Die Kommunen und auch den Kreis sehe ich in der Pflicht, Erinnerungskultur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen und sich nicht immer nur auf andere Stellen zu beziehen und herauszureden.«

Als ein weiteres großes Problem auf kommunaler Ebene definieren die Befragten die schlechte Erreichbarkeit ihrer Einrichtungen mit dem öffentlichen Nahverkehr: »Das ist ein riesiges Hindernis, sowohl für Besuchende als auch für Mitarbeitende hier, ehrenamtlich oder hauptamtlich, die auch immer einen PKW mitbringen müssen.« Mancherorts wird zudem auch ein mangelnder Ausbau der digitalen Infrastruktur problematisiert, der der Entwicklung von Online-Angeboten im Wege stehe.

Fazit und weiterer Forschungsbedarf

Aus den Interview-Ergebnissen geht hervor, dass die von mir untersuchten kleineren Gedenkstätten in peripheren ländlichen Räumen nicht nur zentrale Akteurinnen der historischen Bildung sind, sondern auch als wichtige Komponenten einer demokratischen Infrastruktur verstanden werden müssen. Zugleich wird deutlich, dass sie sich mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert sehen und zu deren Bewältigung auch auf Unterstützung aus Politik und Gesellschaft angewiesen sind. Basierend auf den geführten Interviews scheinen mir dabei folgende Punkte von besonderer Relevanz:

Finanzielle Absicherung: Um ihrer gesellschaftlichen Rolle gerecht werden zu können, bedürfen kleinere Gedenkstätten in peripheren ländlichen Räumen einer langfristigen finanziellen Absicherung. Hier sind vor allem politische Akteur*innen in Kommunen und Ländern gefragt, aber auch auf Bundesebene sollte die Bedeutung dieser Einrichtung verstanden und gewürdigt werden.

Gesellschaftlicher Rückhalt: Schulen und andere Bildungs- bzw. Kultureinrichtungen sollten proaktiv auf kleinere Gedenkstätten in der Region zugehen, um Möglichkeiten einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zu eruieren. Gleiches gilt für zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereine.

Professionalisierungsprozesse: Neben der Einbindung in bestehende kollegiale Netzwerke im Gedenkstättenbereich bedarf es niedrighschwelliger und kostengünstiger Weiterbildungsangebote sowohl für hauptamtliche als auch für ehrenamtliche Mitarbeiter*innen und Honorarkräfte.



Gedenkstätte Ahrensböök,
Ahrensböök, Landkreis Ostholstein,
Schleswig-Holstein

© Lea Fischer

Generationswechsel: Kleinere Gedenkstätten in peripheren Räumen, die in ihrer Arbeit wesentlich auch auf zivilgesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement angewiesen sind, müssen Strukturen und Formate (weiter-)entwickeln, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ermöglichen, sich aktiv in die Arbeit vor Ort einzubringen, und sie zu einem langfristigen Engagement motivieren.

Trotz der begrenzten Datenbasis ist davon auszugehen, dass die Ergebnisse meiner Forschungsarbeit zumindest teilweise auf andere kleinere Gedenkstätten übertragbar sind. Angesichts des großen Potenzials dieser Einrichtungen für die Beförderung und den Erhalt einer demokratischen Kultur auch in ländlichen Regionen wären weitere Forschungen wünschenswert, um auf einer breiten Datenbasis Empfehlungen formulieren zu können, wie eine professionelle Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen auch in ländlichen Regionen langfristig unterstützt und abgesichert werden kann. Gewinnbringend könnte außerdem ein Vergleich mit anderen Orten politischer Bildung in ländlichen Räumen sein. In der Annahme, dass Gemeinsamkeiten in den Herausforderungen der alltäglichen Arbeit und in den Strukturen bestehen, können sich daraus Allianzen bilden, die gegenüber der Politik ein stärkeres Auftreten ermöglichen.

Lea Fischer hat Regionalentwicklung an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung studiert. Aktuell arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin zu Partizipation und Bildung in Nord-West-Brandenburg. Darüber hinaus bringt sie sich in verschiedene ländlich-aktivistische Kontexte ein.

- 1 Vgl. Patrick Küpper: *Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume* (= Thünen Working Paper 68), Braunschweig 2016, S. 27, online: https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn057783.pdf, 17. Februar 2025.
- 2 Vgl. Vera Denzer, Reinhard Wießner: *Einführung in die Humangeographie*, Braunschweig 2019, S. 253; *Projekte im ländlichen Raum*, in: Akquisos - Fundraising für politische Bildung, Bonn 2021, online: www.bpb.de/die-bpb/foerderung/akquisos/328117/projekte-im-laendlichen-raum/, 17. Februar 2025.
- 3 Vgl. v. a. Andrea Röpke/Andreas Speit: *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*, 2. Aufl., Berlin 2019.
- 4 Vgl. Bundesverband Mobile Beratung e.V.: *Was blüht dem Dorf? Demokratieentwicklung auf dem Land*, Dresden 2019, online: <https://bundesverband-mobile-beratung.de/publikationen/was-bloeht-dem-dorf-demokratieentwicklung-auf-dem-land/>, 17. Februar 2025.
- 5 Lea Fischer: *Ländliche Realitäten historisch-politischer Bildung an kleinen NS-Gedenkstätten in Deutschland. Potenziale und Unterstützungsbedarfe*, Fachbereich Landschaftsnutzung und Naturschutz / Regionalentwicklung und Naturschutz, Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde 2023, online: <https://opus4.kobv.de/opus4-hnee/frontdoor/index/index/docId/658>, 17. Februar 2025.
- 6 Vgl. Anne Frank Zentrum: Netzwerk »Erinnern vor Ort«. Fortbildung, Vernetzung und Stärkung lokaler Jugendgeschichtsarbeiten in ländlichen Räumen: www.annefrank.de/bildungsarbeit/projekte/erinnern-vor-ort, 17. Februar 2015.
- 7 Vgl. Küpper: *Abgrenzung und Typisierung*, S. 23ff.; die hier abgebildete Grafik findet sich auf S. 26 – ich danke dem Thünen-Institut für die Erlaubnis zum Nachdruck.
- 8 Vgl. KZ-Gedenkstätte Laura: www.kz-gedenkstaette-laura.de/, 17.2.2025.
- 9 Vgl. Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten - Gedenkstätte Todesmarsch im Belower Wald: <https://www.below-sbg.de/>, 17. Februar 2025.
- 10 Vgl. KZ-Gedenkstätte Engerhufe: <http://gedenkstaette-kz-engerhufe.de/>, 17. Februar 2025.
- 11 Vgl. Gedenkstätte Ahrensböck: www.gedenkstaetteahrensboeck.de/, 17. Februar 2025.

Johanna Wensch

Reinhard Heydrich. Karriere und Gewalt

Über die aktuelle Sonderausstellung im
Dokumentationszentrum Topographie des Terrors



Reinhard Heydrich war einer der mächtigsten Männer im nationalsozialistischen Terrorapparat. Sein Dienstsitz befand sich seit 1934 im Zentrum von Berlin auf dem heutigen Gelände des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors. Dort wird seit September 2024 eine Sonderausstellung gezeigt, in deren Mittelpunkt Reinhard Heydrich steht.

Das Gelände, auf dem das Dokumentationszentrum liegt, ist ein ehemaliger Täterort. Zwischen 1933 und 1945 waren hier die wichtigsten Zentralen des Überwachungs- und Verfolgungsapparats von SS und Polizei ansässig: das Geheime Staatspolizeiamt, die Reichsführung-SS, der Sicherheitsdienst der SS (SD) und während des Zweiten Weltkriegs zudem das Reichssicherheitshauptamt. Von hier aus wurden zahllose Verbrechen geplant und gesteuert. Über diese Zentralen des NS-Terrors und die europäische Dimension ihrer Verbrechen informiert die Dauerausstellung des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors.

Das Ausstellungsthema

Mit Reinhard Heydrich rückt das Dokumentationszentrum erstmals eine einzelne Person aus der Führungsriege von SS und Polizei in den Fokus einer eigenen Sonderausstellung: Wer war Reinhard Heydrich und wie verlief seine Karriere im NS-Staat? Wie kam er in Kontakt mit NSDAP und SS? Was hatte ihn in seinen frühen Jahren geprägt und welche persönlichen Voraussetzungen bedingten seinen steilen Aufstieg in der SS? Welche Personen und Strukturen beförderten seine Karriere? Wie agierte er, welche Netzwerke baute er auf und welche Personalpolitik betrieb er? Welche Rolle hatte Heydrich beim Ausbau des Sicherheitsdiensts der SS und des nationalsozialistischen Polizeiapparats, die schließlich in großen Teilen Europas Terror und Gewalt ausübten? Und was waren die Folgen seiner verbrecherischen Befehle für die Betroffenen der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik? Welche Bilder und Vorstellungen von seiner Person existierten und



Alle Fotos: © Sebastian Egger /
Stiftung Topographie des Terrors

existieren teils bis heute, und welche Ursachen gibt es hierfür? Diesen Fragen geht die Sonderausstellung »Reinhard Heydrich. Karriere und Gewalt« nach. Ihr Fokus geht dabei über eine biografische Fragestellung weit hinaus: Mit der Karriere Heydrichs wird in der Ausstellung die Entwicklung und Funktionsweise des NS-Terrorapparats als Ganzes deutlich gemacht.

Wer war Reinhard Heydrich?

1904 in Halle an der Saale geboren, gehört Heydrich zur »Kriegsjugendgeneration«. Katholisch getauft, wuchs er in einem bürgerlichen und nationalkonservativen Umfeld auf. Nach Ende des Ersten Weltkriegs engagierte er sich während der Niederschlagung der Rätebewegung in Halle als 15-jähriger Gymnasiast in einer Bürgermiliz. In den 1920er-Jahren geriet die private Musikhochschule seines Vaters in finanzielle Schwierigkeiten, die Familie Heydrich erlebte einen wirtschaftlichen und sozialen Abstieg. Entgegen der Familientradition wurde

Reinhard Heydrich nicht Musiker, sondern strebte eine militärische Laufbahn als Marineoffizier an. Die Seestreitkräfte boten bereits seit der Wilhelminischen Ära Bürgersöhnen Aufstiegsmöglichkeiten im Militär, pflegten aber auch besonders rigorose Verhaltensregeln und Riten. Ende 1930 lernte Heydrich in Kiel Lina von Osten kennen und verlobte sich mit ihr nach wenigen Wochen. Da Heydrich angeblich auch einer anderen Frau die Ehe versprochen hatte, musste er sich vor einem Ehrengericht der Marine verantworten. Sein Verhalten vor diesem Gericht führte im April 1931 zu seinem Ausschluss aus der Marine. Diese Entlassung bedeutete für ihn nicht nur das Scheitern bisheriger Lebenspläne und persönliche Schmach, sondern brachte ihn während der Weltwirtschaftskrise auch in unmittelbare existenzielle Nöte.

Über seine spätere Ehefrau Lina von Osten, eine glühende Nationalsozialistin, kam Heydrich in Kontakt mit der NSDAP. Im Sommer 1931 wurde er Partei- und SS-Mitglied. Der Sohn



seiner Patentante, selbst SS-Mitglied, vermittelte ihm kurz darauf ein Vorstellungsgespräch bei Heinrich Himmler, dem Reichsführer-SS. Himmler hielt Heydrich fälschlicherweise für einen ausgebildeten Nachrichtendienstler und betraute ihn mit dem Aufbau eines parteiinternen Nachrichtendienstes, dem späteren Sicherheitsdienst der SS (SD). Für Heydrich eröffnete sich eine neue berufliche Perspektive, wenn auch nicht mehr beim Militär, so doch in einem militärisch organisierten und uniformierten Verband.

Die Karriere Heydrichs in NSDAP und SS begann 1931 also vergleichsweise spät – und sie vollzog sich in mehreren Sprüngen. Entscheidend für seine Karriere war die stete Förderung durch Heinrich Himmler, der ihm in der SS eine zweite berufliche Chance geboten hatte und dadurch einen äußerst loyalen und ehrgeizigen Mitarbeiter gewonnen hatte. Nach

der Machtübernahme stieg Heydrich unter Himmler schrittweise zum wichtigsten Mann im Überwachungs- und Verfolgungsapparat von SS und Polizei auf. Seit 1934 Leiter der preußischen Geheimen Staatspolizei, wurde Heydrich 1936 zum Chef des »Hauptamts Sicherheitspolizei«, in dem Kriminalpolizei und Gestapo zusammengefasst wurden.

Kurz nach dem deutschen Überfall auf Polen wurde Heydrich im September 1939 mit gerade einmal 35 Jahren Leiter des neu geschaffenen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA). Das RSHA errichtete überall im deutsch besetzten Europa Dienststellen, die der Herrschaftssicherung und der Umsetzung der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik dienten. Zwischen 1939 und 1942 war Heydrich als Chef des Reichssicherheitshauptamtes und dessen Einsatzgruppen sowie als Organisator der »Endlösung der Judenfrage« einer der Hauptver-



verantwortlichen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Im Herbst 1941 machte Adolf Hitler Heydrich zusätzlich zu seinen bisherigen Ämtern zum »Stellvertretenden Reichsprotektor in Böhmen und Mähren«. Heydrichs Hauptaufgabe war die Bekämpfung des Widerstandes in dem deutsch besetzten Teil der ehemaligen Tschechoslowakei. Im Juni 1942 starb er an den Folgen eines Attentats tschechoslowakischer Widerstandskämpfer in Prag. Die Nationalsozialisten rächten Heydrichs Tod im »Protektorat« auf äußerst brutale Weise und sie feierten ihn posthum als »Märtyrer« und vorbildhaften SS-Führer. Nach seinem Tod verbreiteten sich Bilder und Vorstellungen von Heydrich, die ihren Ursprung in der nationalsozialistischen Propaganda haben, nach 1945 fortgeschrieben oder umgedeutet wurden und teils noch heute, beispielsweise in rechtsextremen Kreisen, wirkmächtig sind.

Ausstellungskonzept und zentrale narrative Elemente

Mitte 2022 hat das Ausstellungsteam (Projektleitung: Dr. Andrea Riedle/Johanna Wensch; KuratorInnen: Dr. Alfons Adam, Andreas Mix, Jonathan Welker, Johanna Wensch) seine Arbeit am Konzept und an der Realisierung der Ausstellung über Reinhard Heydrich begonnen. Prof. Dr. Robert Gerwarth, Dr. Radka Šustrová und Prof. em. Dr. Michael Wildt waren beratend an der Konzeptentwicklung beteiligt. Die größten Herausforderungen, vor denen das Team stand, waren Fragen des Austarierens von biografischem Zugriff und Strukturgeschichte sowie der thematischen Eingrenzung angesichts der mit Heydrich verknüpften äußerst vielschichtigen Institutionen-, Gewalt- und Rezeptionsgeschichte.

Das vom Ausstellungsteam entwickelte Konzept verknüpft die biografische Betrachtung Heydrichs eng mit einer Darstellung der Geschichte der zentralen Institutionen des NS-Terrorapparats. Um das komplexe Institutionengeflecht von SS und Polizei und dessen hochdynamische Entwicklung für die Besucherinnen und Besucher begreiflich zu machen, hat sich das Ausstellungsteam entschieden, hierfür bewegte Bilder zu nutzen. So wurden für die Ausstellung vier grafisch animierte kurze Erklärfilme konzipiert und realisiert. Mittels ihrer visuell eingängigen, leicht verständlichen Bildsprache, kombiniert mit Sprecherton und Untertiteln, vermitteln die Filme einen Überblick über Aufgaben und Entwicklung der NS-Terrorinstitutionen sowie die damit eng verbundenen Karriereschritte Heydrichs in vier Zeitphasen (1931–1934, 1934–1939, 1939–1942 und 1941–1942). Im Anschluss an den Erklärfilm konzentriert sich die weitere Erzählung des jeweiligen Ausstellungskapitels auf Fallgeschichten, die das Agieren Heydrichs in diesem zeitlichen wie thematischen Kontext deutlich werden lassen.

Heydrich agierte selbstverständlich nicht allein, sondern in einem Personengefüge. Er hatte Förderer und Konkurrenten, und er brauchte



1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933

1933



AUSBEUTUNG

Die... durch die Arbeiter der... für die...
 ...



...



...

...

...

...



...

...

...



...

Mitarbeiter, die ihm zuarbeiteten oder seine Mord-Befehle umsetzten. Um dieses Gefüge in der Ausstellung begreif- und sichtbar zu machen, wurde das inhaltliche wie gestalterische Sonderelement der »Begleitbiografien« (so der interne Arbeitsbegriff des Ausstellungsteams) entwickelt, das eingeschoben in die Haupterzählung zu Heydrich die Aufmerksamkeit exemplarisch auf einzelne Personen aus seinem Umfeld lenkt. So werden unter anderem Werner Best, Adolf Eichmann oder Wilhelm Canaris vorgestellt, aber auch weniger bekannte Figuren wie Eduard Strauch oder Horst Böhme. Die Erzählung zu diesen Personen beschränkt sich auf eine kurze, pointierte Geschichte der Beziehung zu Heydrich, auch wenn es zu jedem Einzelnen zweifellos viel mehr zu sagen gäbe. Heinrich Himmler nimmt in Heydrichs Netzwerk eine Sonderposition ein. Da ihm als *dem* Förderer die entscheidende Schlüsselrolle für

Heydrichs steilen Aufstieg zukommt, widmet die Ausstellung Himmler im ersten Hauptkapitel der Ausstellung größere Aufmerksamkeit in einem eigenen Unterkapitel.

Reinhard Heydrich kumulierte im Laufe seiner Karriere Leitungsfunktionen in den zentralen nationalsozialistischen Überwachungs- und Verfolgungsinstanzen. Er trug somit Verantwortung für zahllose Verbrechen, die er organisierte und befehligte, und die Mitarbeiter der von ihm geleiteten Dienststellen verübten. Neben der Frage, wie Heydrichs Karriere verlief, stand bei der Entwicklung des Ausstellungsnarrativs daher die Darstellung seiner Rolle als einer der NS-Haupttäter im Mittelpunkt. Da bei der Vielzahl der Verbrechenskomplexe, in die er involviert war, nur exemplarisch gearbeitet werden konnte, wurde ein Schwerpunkt auf die antijüdische Verfolgungspolitik gelegt. Hier treten Heydrichs Rolle und Agieren besonders klar hervor: Die Schlüsselposition, die er schließlich als Beauftragter der »Endlösung der Judenfrage« bei der Planung und Organisation der Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden einnahm, hatte er über Jahre Schritt für Schritt an sich gezogen, indem er sich immer wieder als kühler Analytiker und geschickter Organisator hervortat.

Bei der Konzeptentwicklung war es für das Team maßgeblich, trotz der thematischen Fokussierung der Ausstellung auf einen Täter regelmäßig einen Wechsel der Perspektive hin zu dessen Opfern vorzunehmen. Daher werden in der Haupterzählung der Ausstellung immer wieder biografische Erzählungen zu Betroffenen der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik hervorgehoben, die den Blick auf die konkreten Auswirkungen des Täterhandelns lenken.





Inhaltlicher Aufbau, Gestaltung und Exponate

Die Ausstellung ist weitgehend chronologisch aufgebaut und folgt dem Lebensweg Reinhard Heydrichs. Die vier zentralen Kapitel konzentrieren sich auf seine verschiedenen Karriere-stationen: Seine beruflichen Anfänge bei der SS in München, sein schrittweiser Aufstieg nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Berlin zum Chef der Sicherheitspolizei, seine Rolle als Leiter des Reichssicherheitshauptamts im deutsch besetzten Europa und schließlich seine Funktion als »Stellvertretender Reichs-protector in Böhmen und Mähren«. Diesen vier Kapiteln vor- und nachgestellt sind eine Vorge-schichte über Herkunft und frühe Prägungen

Heydrichs sowie eine Nachgeschichte, die un-mittelbar nach seinem Tod 1942 beginnt und bis in die Gegenwart geführt wird. Der Kern der Ausstellung wird von zwei Exkursen flankiert, deren Inhalte bewusst nicht in die chronologi-sche Erzählung eingefügt wurden. Sie befassen sich mit Aspekten, die jenseits von den karrie-restützenden Strukturen und Personen weitere Antriebskräfte des Aufstiegs von Heydrich wa-ren: der soziale und ökonomische Profit, den Heydrich und auch seine Ehefrau aus seiner Karriere als SS-Führer zogen, und Heydrichs Selbstverständnis und öffentliche Inszenierung als »idealer« SS-Mann.



Das Berliner Gestaltungsbüro gewerkdesign hat die Ausstellungsinhalte in eine klar gegliederte räumliche Struktur übersetzt. In der Mitte des Sonderausstellungsraums des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors stehen schräg versetzt zu den umgebenden Wänden die vier großen Hauptkapitel. Ihre zentrale Bedeutung wird durch den Einsatz von Leuchtkästen als Gestaltungsträger hervorgehoben. Die vier Erklärfilme dienen in den Hauptkapiteln jeweils als Startpunkt und bieten klare Orientierungspunkte für den Rundgang durch die Ausstellung. An den vier Seiten des Sonderausstellungsraumes platziert, umfassen das Auftaktkapitel, die beiden Exkurse und die Nachgeschichte den Kern der Ausstellung.

Teil der Gestaltungsaufgabe von gewerkdesign war es, für den Ausstellungsbau möglichst bereits vorhandene Materialien und Medientechnik wiederzuverwenden. Als Grundgerüst kam so erneut das altbewährte Gestellsystem des Dokumentationszentrums zum Einsatz. Die darauf montierten Trägerplatten entstam-

men zu großen Teilen der letzten eigenen Sonderausstellung der »Topographie des Terrors«. Die vier Großbildschirme, auf denen die Erklärfilme laufen, stellte das Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen aus einer früheren Ausstellung zur Weiterverwendung zur Verfügung. Damit hat das Dokumentationszentrum Topographie des Terrors Wege einer ressourcenschonenden Ausstellungsrealisierung erprobt, die aus Gründen der Nachhaltigkeit, aber auch angesichts der finanziellen Perspektiven immer wichtiger wird.

In der Ausstellung »Reinhard Heydrich. Karriere und Gewalt« werden knapp 300 Exponate aus über 70 Archiven sowie öffentlichen und privaten Sammlungen präsentiert, darunter vorrangig Reproduktionen von Schriftstücken und Fotografien sowie historische Film- und Tonaufnahmen. Es sind auch einige bislang weitgehend unbekannt oder gänzlich unveröffentlichte Fotografien zu sehen, wie die Aufnahmen von der Ausbildung von Einsatzgruppen-Mitgliedern vor dem deutschen Überfall

auf die Sowjetunion, von einer Inspektionsreise Heydrichs zu Einsatzgruppen in Polen sowie von gefangenen Jüdinnen und Juden in der Festungsanlage von Kaunas kurz vor ihrer Ermordung durch die Einsatzgruppe A. Darüber hinaus werden zahlreiche Fotografien und Filme aus der Zeit des »Protektorats Böhmen und Mähren« präsentiert, die in Deutschland in Ausstellungen bisher noch nicht zu sehen waren. Ihr Einsatz in der Ausstellung macht deutlich, wie Heydrich ab Herbst 1941 im »Protektorat« erstmals in den Fokus öffentlicher Wahrnehmung rückte und sich dort als machtvoller Herrscher inszenierte.

Von Reinhard Heydrich sind kaum Ego-Dokumente überliefert. Eine Annäherung an sein Denken und Handeln bietet vorrangig dienstliches Schriftgut, seien es interne Stellungnahmen, Protokolle von Sitzungen, an denen Heydrich teilnahm, die von ihm ausgegebenen Befehle oder auch die wenigen programmatischen Schriften, die er veröffentlicht hat. Diese Quellenlage spiegelt sich in der Ausstellung wider, die Schriftdokumente als zentrale Exponate präsentiert. Einzelne Dokumente, meist mehrseitige Schriftstücke, wurden in Gänze

als Drucke reproduziert und können von den Besucherinnen und Besuchern selbst durchgeblättert werden. Schriftdokumente sind sperrige und visuell wenig attraktive Exponate, die sich nur mit einem gewissen Eigenaufwand und Interesse erschließen. Daher arbeitet die Ausstellung mit diversen Erschließungshilfen, die Aufmerksamkeit für diese Exponate wecken sollen. Dazu dienen prägnante, wenige Worte umfassende Auszüge aus dem jeweiligen Schriftstück, die über der zugehörigen Exponatbeschriftung platziert sind und die als »Teaser« Neugier auf den Inhalt wecken sollen. Bei einigen der ausgestellten Dokumente wurden Textstellen grafisch hervorgehoben und mit Erläuterungen versehen, um beispielsweise Tätersprache zu dechiffrieren, Kürzel zu erklären oder im Dokument Enthaltene zu kontextualisieren. Eine solche Hervorhebung und Aufschlüsselung von Details erfolgt auch bei einigen der ausgestellten Fotos und insbesondere bei einem Ölbild von Heydrich aus dem Jahr 1941, das im Exkurs »Selbstverständnis und Inszenierung« unter der Überschrift »SS-Funktionär, Soldat, Sportler. Eine Inszenierung in Öl« gezeigt wird.



Die sechs Stationen des Schlusskapitels, die sich mit dem »Nachleben« Heydrichs befassen, konzentrieren sich jeweils auf ein einziges Exponat. Schlaglichtartig wird mit ihnen das breite Spektrum der Heydrich-Rezeption und der Verbreitung unterschiedlicher Vorstellungen und Bilder beleuchtet. Gezeigt werden Filmaufnahmen des pompösen Staatsakts für Heydrich im Juni 1942, ein 100er-Bogen der Sonderbriefmarke, die zu seinem ersten Todestag im »Protektorat« aufgelegt wurde, ein SPIEGEL-Artikel aus dem Jahr 1950, der exemplarisch für etliche Nachkriegsveröffentlichungen ehemaliger Mitarbeiter Heydrichs steht, ein Fernseh-Interview der Witwe Heydrichs aus den 1970er-Jahren, in dem sie Heydrich und ihre eigene Rolle in der NS-Zeit idealisiert und banalisiert, das Cover einer verbotenen Rechtsrock-Band mit Heydrich-Konterfei aus dem Jahr 1997 und Ausschnitte aus Spielfilmen mit unterschiedlichen Heydrich-Darstellungen. Am Ende dieses Kapitels treffen die Besucherinnen und Besucher schließlich auf ein Originalobjekt aus der Jetztzeit: ein in Tschechien vertriebenes T-Shirt mit einer Comic-Szene, die das Attentat auf Reinhard Heydrich wiedergibt. Als Akt des Widerstandes und der Selbstbehauptung gilt das erfolgreiche Attentat in der Tschechischen Republik als zentrales nationales Ereignis. Neben staatlichem Gedenken trägt vor allem die Populärkultur dazu bei, die Erinnerung daran wachzuhalten. Für die vielgestaltige Präsenz des Heydrich-Attentats in der tschechischen Erinnerungskultur steht exemplarisch das T-Shirt mit der ironisch-triumphierenden Aufschrift »Czechoslovaks got him!«.

Zur Ausstellung »Reinhard Heydrich. Karriere und Gewalt« ist ein zweisprachiger Katalog (Deutsch/Englisch) erschienen, der – mit Ausnahme der jedoch zumindest auszugsweise abgebildeten Filmaufnahmen und zugehöriger Texte – alle Ausstellungsexponate und -texte wiedergibt. Die für die Ausstellung essenziellen Erklärfilme können über im Katalog abgedruckte QR-Codes auf der Homepage der Stiftung Topographie des Terrors abgerufen werden.¹

Die Ausstellung ist noch bis zum 10. Juni 2025 im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors zu sehen. Ihre Präsentation an weiteren Orten ist in Planung. Institutionen, die die Ausstellung in ihrem Haus zeigen möchten, stellt die Stiftung Topographie des Terrors gerne Informationen zu den Leihbedingungen und technischen Voraussetzungen zur Verfügung.

Johanna Wensch ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors.

¹ www.topographie.de/ausstellungen/reinhard-heydrich-karriere-und-gewalt/animations

DAS ATTENTAT AUF REINHARD HEYDRICH IN DER TSCHECHISCHEN ERINNERUNGSKULTUR

THE ASSASSINATION OF REINHARD HEYDRICH IN CZECH REMEMBRANCE CULTURE

In der Tschechischen Republik ist die Erinnerung an Heydrich auf das Attentat fokussiert. Es gilt als Akt des Widerstands und der Selbstbehauptung der Nation gegen die deutsche Besatzung. Das beim Attentat beschädigte Cabriolet Heydrichs ist zur Ikone geworden. Heute werden zahlreiche Alltagsgegenstände, die sich auf das Attentat beziehen, vertrieben. Das T-Shirt mit der Aufschrift „Czechoslovaks got him!“ (Tschechoslowaken haben ihn erledigt!) zeigt eine ironische, popkulturelle Perspektive auf das nationalpolitisch wichtige Ereignis.

In the Czech Republic, the memory of Heydrich centres on the assassination attempt. It is seen as an act of resistance and a demonstration of the nation's self-assertion against the German occupation. Heydrich's convertible, which was damaged in the assassination attempt, became an iconic image. Today, many everyday objects evoking the assassination are sold there. The T-shirt with the inscription "Czechoslovaks got him!" represents an ironic, pop-cultural take on this important national political event.

T-Shirt mit Aufschrift von Attentat auf
Reinhard Heydrich 2012
T-shirt with text on assassination attempt
on Reinhard Heydrich 2012



Aktuelle Stellungnahmen und Reden

Editorischer Hinweis:

Wir dokumentieren nachstehend: den Appell des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos anlässlich der Wahl des Vizepräsidenten des Thüringer Landtags vom 24. Januar 2025; die Rede von Jens-Christian Wagner auf der Demonstration »Aufstand der Anständigen: Wir sind die Brandmauer« in Berlin am 2. Februar 2025 sowie die Pressemitteilung der AG KZ-Gedenkstätten »Wählen gehen für die Demokratie: Die Zukunft geht uns alle an!« vom 19. Februar 2025.

Aufruf des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD) vom 23. Januar 2025

Ein Verharmloser der NS-Verbrechen darf nicht Vizepräsident des Thüringer Landtages sein!

Mit Empörung und großer Sorge blicken die Überlebenden der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora sowie ihre Angehörigen nach Thüringen. Dass dort mit dem AfD-Landtagsabgeordneten Jörg Prophet ein einschlägig bekannter Geschichtsrevisionist und Holocaust-Verharmloser zum Landtagsvizepräsidenten gewählt werden soll – und das ausgerechnet im Anschluss an die Gedenkstunde des Landtages und der Landesregierung zum internationalen Holocaust-Gedenktag – erschüttert uns zutiefst.

Jörg Prophet hat sich in den vergangenen Jahren mehrfach öffentlich mit den Holocaust verharmlosenden und geschichtsrevisionistischen Positionen hervorgetan, in dem er beispielsweise den U.S.-amerikanischen Befreier des KZ Mittelbau-Dora »Morallosigkeit« vorwarf oder den industriellen Massenmord in

Auschwitz mit den britischen Luftangriffen auf Dresden im Februar 1945 gleichsetzte. Er verbreitet unter Rechtsextremen häufig genutzte Geschichtslegenden, bezeichnet Nazis als »linke Sozialisten« und nutzt die von der AfD (und vormals von der NPD) häufig verwendete Redewendung eines angeblichen »Schuldkults«, durch die die Erinnerung an das Leiden unserer Kameraden und Angehörigen massiv diskreditiert wird. Ein Beitrag Prophets wurde sogar (ohne dass sein Autor namentlich erwähnt wurde) in den Thüringer Verfassungsschutzbericht 2021 aufgenommen, der zu dem Schluss kommt, der Autor verfüge über ein »geschlossenes geschichtsrevisionsistisches Weltbild«.

In den letzten Jahrzehnten wurde von politisch Verantwortlichen Thüringens immer wieder deutlich gemacht, dass die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen grundlegend für die demokratische Kultur Thüringens ist. Der Thüringer Landtag und der*die jeweilige Ministerpräsident*in haben maßgeblich dazu beigetragen, ein gutes Zusammenwirken zwischen der politischen Ebene, dem IKBD und unzähligen weiteren Menschen in Thüringen, die sich für die Würdigung der Opfer des NS-Terrors engagieren, möglich zu machen. Die bisher regelmäßige Einladung unseres Komitees zur Gedenkstunde am 27. Januar war nur ein Beispiel für dieses Zusammenwirken.

Als Komitee, welches auch weiterhin das Andenken an die Opfer der Verbrechen der Nationalsozialisten bewahrt, bedauern wir zutiefst, dass diese in den vergangenen Jahrzehnten entstandene enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit des IKBD mit den staatlichen Institutionen Thüringens durch die Kandidatur Jörg Prophets nunmehr stark bedroht ist. Sollte dem Landtag ein einschlägig als Geschichtsrevisionist bekannter Politiker als Vizepräsident vorstehen, wäre das ein schwerer Schlag gegen unsere enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Mehr noch: Es wäre ein schwerer Schlag gegen die aufgeklärte, kritische Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und gegen die Würdigung der Opfer des Nationalsozialismus.

Unter einem Vizepräsidenten Prophet wäre uns eine Teilnahme an Gedenkveranstaltungen im Thüringer Landtag nicht vorstellbar.

Wir rufen alle Abgeordneten des Thüringer Landtages dazu auf, sich ihrer geschichtlichen Verantwortung bewusst zu sein und den skizzierten Schaden für den Freistaat Thüringen noch abzuwenden.

—
Naftali Fürst (Haifa, Israel)

Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD), ehemaliger Häftling der KZ Auschwitz und Buchenwald

Redebeitrag von

Prof. Dr. Jens-Christian Wagner,
Direktor der Stiftung Gedenkstätten
Buchenwald und Mittelbau-Dora,
auf der Demonstration
»Aufstand der Anständigen«
Wir sind die Brandmauer« in Berlin
am 2. Februar 2025

Liebe Anwesende,

es tut gut, so viele Menschen hier versammelt zu sehen, die sich für eine menschliche, welt-offene Gesellschaft und für die Demokratie engagieren, die sagen: Wir wollen nicht in einer rechtsextremen Diktatur aufwachen, wir wollen keinen Nationalismus, wir wollen keinen Rassismus, wir wollen keinen Antisemitismus! Wir haben die demokratiefeindliche und rassistische Hetze satt!

Ich komme aus Thüringen. Dort ist die AfD seit den letzten Landtagswahlen im September 2024 mit Abstand stärkste Partei im Landtag; mit mehr als einem Drittel der Sitze hat sie eine Sperrminorität und damit die Macht, den parlamentarischen Betrieb zu sabotieren. Und davon macht sie reichlich Gebrauch.

Noch kurz vor den Wahlen lag sie in Umfragen bei 28 Prozent der Stimmen. Doch dann kam das Attentat von Solingen und etwas, was wir nach Aschaffenburg erneut erlebt haben: Das Thema Migration wurde – insbesondere von der CDU, aber auch von anderen demokratischen Parteien – nur noch unter den Schlagworten Gefahr und Kriminalität geframt; Geflüchtete wurden pauschal kriminalisiert.

Demokratische Parteien übernahmen das Wording und die Forderungen der AfD, wohl in der naiven Hoffnung, auf diese Weise Wähler:innen von der AfD zurückzugewinnen. Doch es geschah, oh Wunder, das Gegenteil: Die Leute entschieden sich für das Original, die rechtsextreme AfD, die 5 Prozent Wählerstimmen mehr als vorhergesagt und damit die Sperrminorität erhielt.

Und statt aus dem Fehler zu lernen, haben ihn CDU und CSU nach der schrecklichen Tat von Aschaffenburg wiederholt. Mehr noch: sie haben in der vergangenen Woche die Brandmauer endgültig zum Einsturz gebracht, indem sie bei ihren migrationsfeindlichen Anträgen im Bundestag ganz bewusst auf die Zustimmung der AfD setzten, ohne die sie sonst keine Mehrheit erhalten hätten. Und, nicht zu vergessen: auch die FDP hat dabei mitgemacht.

Jahrzehntelang galt nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges und den Verbrechen der Nationalsozialisten der demokratische Konsens in der Bundesrepublik, dass Demokraten nicht mit Rechtsextremen zusammenarbeiten. Diesen Konsens haben CDU/CSU und FDP aufgekündigt – und das ausgerechnet zum 80. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz. Ich kann gar nicht sagen, wie sehr mich das empört. Das darf nicht ohne Widerspruch bleiben, und deshalb danke ich Ihnen und Euch allen, dass Ihr heute hier seid! CDU und CSU kann man nur eindringlich auffordern: Kommt zur Vernunft, kehrt zum demokratischen Konsens zurück!

In der vergangenen Woche haben wir auch von Politiker:innen der CDU und der CSU etliche Reden zum Gedenktag für die Opfer des NS am 27. Januar gehört, in denen die historische Verantwortung beschworen wurde. Dazu muss ich sagen: Das Bekenntnis zur historischen Verantwortung muss sich auch im politischen Handeln zeigen!

Wir sollten vorsichtig mit schiefen historischen Analogien sein. Dennoch lohnt ein Blick auf die Geschichte. Ich sagte dass ich aus Thüringen komme. Dort ebneten Konservative der

NSDAP den Weg zur Macht – nicht nur in Thüringen, sondern im ganzen Reich. Wir blicken auf drei historische Sündenfälle der Thüringer Konservativen auf dem Weg in den NS-Staat: 1924 die erste Tolerierung einer bürgerlichen Minderheitsregierung durch Nationalsozialisten im Deutschen Reich, 1930 die erste Koalitionsregierung mit Nationalsozialisten und 1932 die erste NSDAP-geführte Landesregierung. Thüringen, von den Nazis als »Schutz- und Trutzgau« bezeichnet, war für die NSDAP ein Experimentierfeld und Sprungbrett auf dem Weg zur Macht in ganz Deutschland.

Nun ist die AfD trotz etlicher ideologischer Ähnlichkeiten keine NSDAP 2.0, zumindest noch nicht. 1924 ist nicht gleich 1933. Die Unterschiede liegen aber weniger in der Programmatik der beiden Parteien als im historischen Kontext. Die Weimarer Republik war weitgehend eine Republik ohne Republikaner. Heute stehen die meisten Menschen in Deutschland auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Vergessen wir nicht: 70 Prozent der Thüringer haben die AfD nicht gewählt. Und es gibt in Deutschland eine stabile Zivilgesellschaft, die sich nicht alles bieten lässt, wie man an der heutigen Demo sieht.

Ein weiterer Unterschied zur Situation Anfang der 1930er Jahre hat mit historischen Kenntnissen zu tun: Anders als die Zeitgenossen des Jahres 1933 wissen wir, wie das damals ausgegangen ist. Und das verpflichtet uns, wachsam zu sein, und die demokratischen Parteien mahnt dieses Wissen, jegliche Zusammenarbeit mit den Rechtsextremen zu unterlassen.

Diesen demokratischen Imperativ haben CDU/CSU nun sträflich missachtet. Und die AfD jubelt und beschwört das Narrativ der Zusammenarbeit der konservativen Parteien. Dabei ist das nichts als Nebelkerzenwerfen. Nichts an der AfD ist konservativ, nicht ihre Ideologie und schon gar nicht ihre Umgangsformen. Konservativ verbinde ich mit Werten wie Anstand, Respekt und einem gesitteten Umgang miteinander. Was wir in Reden und Social-Me-

dia-Posts von der AfD hören, ist das Gegenteil davon (und wir kennen es vom Trumpismus aus den USA): Es ist vulgäre, frauenfeindliche und rassistische Hetze, sprachliche und moralische Verwahrlosung. Die AfD steht für die Verrohung unserer politischen Kultur, und sie spaltet die Gesellschaft.

Und das wollen wir uns nicht länger bieten lassen. Wir haben die Hetze satt! Wir treten ein für eine solidarische, friedliche und menschliche Gesellschaft, eine Gesellschaft, die dir Würde aller achtet, egal, woher sie kommen, welche Religion sie haben oder welches Geschlecht sie haben.

Die Würde des Menschen ist unantastbar, heißt es in Artikel 1 des Grundgesetzes. Das war, als es 1949 formuliert wurde, eine unmittelbare Antwort auf die Verbrechen des Nationalsozialismus, auf den Mord an Millionen Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Kriegsgefangenen, Kranken sowie als homosexuell, kriminell oder asozial Verfolgten.

Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie muss von uns allen gelebt und oft genug auch erstritten werden. Das ist mühsam, aber es lohnt sich – gegen dumpfen Nationalismus und Geschichtsrevisionismus, für eine weltoffene, solidarische und menschliche Gesellschaft und einen liberalen Rechtsstaat, in dem die Würde aller Menschen, egal, woher sie kommen, unantastbar ist. Die »Würde des Menschen«, heißt es im Grundgesetz, nicht nur die Würde des Deutschen.

—
 Pressemitteilung der
 Arbeitsgemeinschaft der
 KZ-Gedenkstätten
 vom 19. Februar 2025 zur
 Bundestagswahl 2025

**Wählen gehen für die Demokratie:
 Die Zukunft geht uns alle an!**

Vor der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 ruft die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland alle Wähler*innen dazu auf, ihre Stimme für den Erhalt von Demokratie und Menschenrechten einzusetzen. Mit Blick auf den politischen und gesellschaftlichen Rechtsruck werben die Leitungen der anteilig bundesgeförderten KZ-Gedenkstätten in Deutschland für sozialen Zusammenhalt und die Verteidigung einer kritischen Geschichtskultur.

Weltweit stehen Demokratien unter Druck. Autoritäre, geschichtsrevisionistische und extrem rechte Parteien gelangen in vielen Ländern in politische Entscheidungsgewalt. Sie nutzen die gewonnenen Handlungsräume, um schrittweise die politische Kultur zu vergiften, demokratische Grundrechte zu beschneiden, den freien Zugang zu Bildung und Wissenschaft einzuschränken und Menschen die Gleichwertigkeit abzusprechen.

In Deutschland gehen diese gefährlichen Tendenzen schon seit vielen Jahren von der AfD aus. In drei Bundesländern ist sie von den Behörden als gesichert rechtsextremistisch eingestuft, im Bund gilt sie als rechtsextremistischer Verdachtsfall. Wiederholt verbreiteten und verbreiten Funktionär*innen der AfD geschichtsrevisionistische und holocaustverharmlosende Positionen: Björn Höcke sprach von einer »dämlichen Bewältigungspolitik«, nannte das Denkmal für die ermordeten Juden Europas ein »Mahnmal der Schande« und forderte eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad«. Alexander Gauland bezeichnete den Nationalsozialismus als »Vogelschiss« in der deutschen Geschichte. Und viele Politiker*innen der AfD diskreditieren die Gedenkkultur und die Arbeit von Gedenkstätten mit dem rechtsextremen Kampfbegriff des »Schuldults«, versuchen, die NS-Verbrechen kleinzureden oder Geschichte zu verfälschen. Dazu gehört die Schuldumkehr, etwa wenn Alice Weidel Hitler als Kommunisten bezeichnet, obwohl Kommunist*innen in Deutschland zu den ersten Opfern der NS-Diktatur gehörten.

Nicht nur die Gedenkstätten, sondern auch die engagierte demokratische Zivilgesellschaft und unsere kulturelle Vielfalt sind heute starken Angriffen der extremen Rechten ausgesetzt: durch Drohungen, Einschüchterungen und Hetzreden, durch rassistischen Ausschluss oder auch den versuchten Entzug von Fördergeldern und steuerlicher Gemeinnützigkeit.

Bei der notwendigen Verteidigung unserer demokratischen Grundwerte und der kritischen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen sowie bei der Würdigung ihrer Opfer gibt es für die Gedenkstätten keine Neutralität. Wegschauen hilft nicht, denn die Zukunft unserer Demokratie betrifft uns alle.

Gerade der geschichtsbewusste Blick auf den Aufstieg des Nationalsozialismus in den 1920er- und 1930er-Jahren zeigt anschaulich, dass Handlungs- und Entscheidungsräume zum

Schutz der Demokratie rechtzeitig genutzt und ausgestaltet werden müssen, um zu verhindern, dass Rechtsextreme die Demokratie zerstören. Demokratie braucht eine lebendige Erinnerungskultur, gerade jetzt. Gedenkstätten und Dokumentationszentren setzen sich täglich für eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und ihrer Bedeutung in der Gegenwart ein und werden dies weiterhin tun – auch in zivilgesellschaftlichen Bündnissen für Vielfalt, Demokratie und unteilbare Menschenrechte.

Dass bundesweit Millionen Menschen in diesen Tagen für unsere rechtsstaatliche, soziale und freiheitliche Demokratie auf die Straße gehen, ist ein ermutigendes Zeichen. Wir rufen alle Menschen in unserem Land dazu auf, mit ihrer Stimme auch bei der Bundestagswahl ein bewusstes Zeichen für den Erhalt der in unserer Demokratie verankerten Grundwerte und gegen Rechtsextremismus zu setzen. Denn Artikel 1 unseres Grundgesetzes bringt es prägnant auf den Punkt: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.«

Für die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland:

Dr. Elke Gryglewski Gedenkstätte Bergen-Belsen, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Prof. Dr. Jens-Christian Wagner Gedenkstätte Buchenwald, Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

Prof. Dr. Axel Drecol Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Dr. Gabriele Hammermann KZ-Gedenkstätte Dachau, Stiftung Bayrische Gedenkstätten

Prof. Dr. Jörg Skriebeleit KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, Stiftung Bayrische Gedenkstätten

Andreas Froese KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

Prof. Dr. Oliver von Wrochem KZ-Gedenkstätte Neuengamme/Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen

Dr. Andrea Genest Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück/Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Ansprechperson und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland ist derzeit Oliver von Wrochem:

oliver.vonwrochem@gedenkstaetten.hamburg.de

Die Arbeitsgemeinschaft wird von Dr. Julana Bredtmann und dem Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors unterstützt.

www.gedenkstaettenforum.de/gedenkstaetten/netzwerke/arbeitsgemeinschaft-kz-gedenkstaetten

Ausstellungen

| | |
|--|--|
| <u>Berlin</u> bis 10. Juni 2025 | Reinhard Heydrich. Karriere und Gewalt Dokumentationszentrum Topographie des Terrors www.topographie.de/ausstellungen |
| <u>Berlin</u> 30. April 2025 bis Herbst 2025 | Vergessene Befreiung. Zwangsarbeiter:innen in Berlin 1945 Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit www.ns-zwangsarbeit.de/de/ausstellungen/kommende-ausstellung/ |
| <u>Berlin</u> bis Ende 2025 | Zeiten des Umbruchs. Fotografien der Neuen Synagoge Berlin von Günter Krawutschke, 1988–1991 Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum https://centrumjudaicum.de/portfolio/zeiten-des-umbruchs/ |
| <u>Düsseldorf</u> bis 28. September 2025 | Innovativ, erfolgreich, jüdisch. Düsseldorfer Visionäre: Freundlich, Schöndorff, Loewy Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf www.gedenkstaetteduesseldorf.de/veranstaltungen-2/sonderausstellung/ |
| <u>Esterwegen</u> bis 22. April 2025 | Verfolgung und Widerstand der Zeugen Jehovas 1933–1945 Gedenkstätte Esterwegen www.gedenkstaette-esterwegen.de/aktuelles/detail/verfolgung-und-widerstand-der-zeugen-jehovas-1933-1945-eroeffnung-der-neuen-sonderausstellung-in-der-gedenkstaette-esterwegen-198.html |
| <u>Hohenems</u> bis 5. Oktober 2025 | Yalla. Arabisch-jüdische Berührungen Jüdisches Museum Hohenems www.jm-hohenems.at/ausstellungen/aktuelle-ausstellung |

Köln

bis 1. Juni 2025

Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

<https://museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/>

[Die-Dritte-Welt-im-Zweiten-Weltkrieg](#)

Luckenwalde

bis 30. März 2025

»Wir lebten wie auf einer Insel in einem immer stürmischer werdenden Meer«

Hachschara-Stätte Landwerk Ahrensdorf

www.teltow-flaeming.de/galerie-im-kreishaus/aktuelles-details/

[hachschara-staette-landwerk-ahrensdorf](#)

Der Krieg und seine Opfer

Eine Doku über den deutschen Vernichtungskrieg
gegen die Sowjetunion 1941–1945

Das Projekt setzt sich mit der Geschichte der NS-Verbrechen an der Zivilbevölkerung im deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion 1941–1945 auseinander.

In den besetzten Gebieten begannen die Nationalsozialisten mit der systematischen Ermordung der jüdischen Bevölkerung durch Massenerschießungen, noch bevor sie Jüdinnen und Juden im besetzten Polen in Vernichtungslagern mit Gas erstickten. Außerdem ermordeten die Besatzer gezielt Roma und Romnja, psychisch kranke Menschen und die Bewohner:innen ganzer Ortschaften, die unter Vorgabe der »Partisanenbekämpfung« niedergebrannt wurden. Die Deutschen ließen Millionen sowjetischer Kriegsgefangener verhungern und verschleppten Millionen Zivilist:innen zur Zwangsarbeit.

Das zweifach mit dem Grimme Online Award ausgezeichnete Online-Medium dekoder.org erarbeitete in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte an der Universität Heidelberg eine wissenschaftsbasierte Webdokumentation, die sich anhand von Einzelschicksalen mit Opfern der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft und Verfolgungspolitik auf den Gebieten der Ukraine, Russlands und Belarus' beschäftigt.

dekoder ist ein auf Russland, Belarus und die EU spezialisiertes Medienportal. Das Kernprofil: dekoder bringt unabhängige russische und belarussische Stimmen mit wissenschaftlichen Hintergrundtexten auf eine Plattform.

<https://war.dekoder.org/>

DER KRIEG UND
SEINE OPFER



Nominiert 2024

Kontext

Karte

DE

Alle Folgen



Screenshots der Website
Der Krieg und seine Opfer

Veranstaltungen

| | |
|--|--|
| <u>Hadamar</u> 26. März 2025 um 18 Uhr | 80. Jahrestag der Befreiung der Tötungsanstalt Hadamar www.gedenkstaette-hadamar.de/blog/2024/12/11/26-maerz-2025-gedenkveranstaltung-zum-80-jahrestag-der-befreiung-hadamars/ |
| <u>Weimar</u> 6. April 2025 um 10 Uhr | Festakt aus Anlass der Befreiung der KZ Buchenwald und Mittelbau-Dora vor 80 Jahren www.buchenwald.de/besuch/veranstaltungen/festakt-weimarhalle |
| <u>Wolfenbüttel</u> 11. April 2025 um 16 Uhr | Gedenkfeier zum 80. Jahrestag der Befreiung des Strafgefängnisses und der Stadt Wolfenbüttel https://geschichte-bewusst-sein.de/gedenkfeier-zum-80-jahrestag-der-befreiung-des-strafgefaengnisses-und-der-stadt-wolfenbuettel/ |
| <u>Leipzig</u> 17. April 2025 | Zentrale städtische Gedenkveranstaltung www.zwangsarbeit-in-leipzig.de/de/zwangsarbeit-in-leipzig/veranstaltungen |
| <u>Lohheide</u> 27. April 2025 um 11 Uhr | Gedenkfeier zum 80. Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen www.stiftung-ng.de/de/aktuell/veranstaltungen/ |
| <u>Flossenbürg</u> 27. April 2025 um 14 Uhr | Gedenkfeier zum 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Flossenbürg www.gedenkstaette-flossenbuerg.de/de/besuch/veranstaltungen/80-befreiung |
| <u>Sandbostel</u> 29. April 2025 um 17 Uhr | Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte Lager Sandbostel www.stiftung-lager-sandbostel.de/aktuelles/veranstaltungen/ |
| <u>Wittstock/Dosse</u> 2. Mai 2025 um 15 Uhr | Jahrestag der Befreiung in der Gedenkstätte Todesmarsch im Belower Wald www.sachsenhausen-sbg.de/veranstaltungen/80-jahrestag/ |

| | |
|---|---|
| <u>Neustadt in Holstein</u> 3. Mai 2025 10:30–11:30 Uhr | Gedenkveranstaltung anlässlich des 80. Jahrestages der Bombardierung der KZ-Schiffe in der Neustädter Bucht www.gedenkstaetten-hamburg.de/de/veranstaltungen/termin/gedenkveranstaltung-anlaesslich-des-80-jahrestages-der-bombardierung-der-kz-schiffe-in-der-neustaedter-bucht |
| <u>Hamburg</u> 3. Mai 2025 um 16.30 Uhr | Gedenkveranstaltung anlässlich des 80. Jahrestages des Kriegsendes und der Befreiung des Konzentrationslagers Neuengamme www.gedenkstaetten-hamburg.de/de/veranstaltungen/termin/gedenkveranstaltung-anlaesslich-des-80-jahrestages-des-kriegsendes-und-der-befreiung-der-konzentrationslager |
| <u>Oranienburg</u> 4. Mai 2025 um 15.30 Uhr | Zentrale Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte Sachsenhausen www.sachsenhausen-sbg.de/veranstaltungen/80-jahrestag/ |
| <u>Dachau</u> 4. Mai 2025 | 80. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau www.kz-gedenkstaette-dachau.de/veranstaltungen/80-jahrestag-der-befreiung-des-kz-dachau/ |
| <u>Ravensbrück</u> 4. Mai 2025 um 10 Uhr | 80. Jahrestag der Befreiung des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück www.ravensbrueck-sbg.de/veranstaltungen/jahrestag-der-befreiung/ |
| <u>Berlin</u> 8. Mai 2025 um 10 Uhr | 80 Jahre – Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa (Museum Berlin-Karlshorst) www.museum-karlshorst.de/veranstaltungen/8-mai-2025-80-jahre-ende-des-zweiten-weltkriegs-in-europa/ |

Studien und Handreichungen

[Studien zu Rechtsextremismus und autoritären Einstellungen](#)

Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen (2024)

Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 analysiert die Entwicklung autoritärer und rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. Sie zeichnet ein empirisches, facettenreiches Bild von Ansichten, Werten und Stimmungen in der Bevölkerung. Wie haben sich rechtsextreme und autoritäre Einstellungen in Deutschland im Jahr 2024 verändert? Nehmen Vorurteile und Ressentiments in unsicheren Zeiten wieder zu? Und wie stehen die Deutschen aktuell zur Demokratie? Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 kann als repräsentative Langzeiterhebung die Entwicklungen der Einstellungen im Zeitverlauf aufzeigen und Erklärungen bieten. www.boell.de/sites/default/files/2024-11/leipziger-autoritarismus-studie-2024-vereint-im-ressentiment-autoritaere-dynamiken-und-rechtsextreme-einstellungen.pdf

Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23

Unter dem Titel »Die distanzierte Mitte« stellt eine Forschungsgruppe unter Leitung von Prof. Dr. Andreas Zick vom Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld die neue Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen, menschenfeindlichen und demokratiegefährdenden Einstellungen in Deutschland vor. Auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage werden in der Reihe der Mitte-Studien die Verbreitung, Entwicklung und Zusammenhänge sozialer und politischer Einstellungen analysiert, um Auskunft über aktuelle und langfristige Herausforderungen der Demokratie und Gesellschaft zu geben. www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023

Rechtsextremismus Barometer (2024)

Die Studie des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) soll erhellen helfen, welche Verbreitung autoritäre, rassistische, antisemitische und verwandte Einstellungen in Österreich aufweisen und welches gesellschaftliche Potenzial – über den Status quo des organisierten Rechtsextremismus hinaus – Akteur:innen vorfinden, die ebensolche Einstellungen zu ihrer politischen Geschäftsgrundlage gemacht haben. Diese Studie soll als Online-Umfrage (CAWI) künftig im Zweijahresrhythmus wiederholt werden, um Vergleiche über die Zeit zu ermöglichen.

www.doew.at/cms/download/c1g6t/DOEW_rex-barometer-2024.pdf

Rechtsextremismus in Österreich (2023)

Der Bericht »Rechtsextremismus in Österreich 2023. Unter Berücksichtigung der Jahre 2020 bis 2022« widmet sich Akteur:innen des Rechtsextremismus in Österreich, ihren ideologischen Vorstellungen und Aktivitäten sowie ihren Vernetzungen auf nationaler und internationaler Ebene. Der Bericht wurde vom Bundesministerium für Inneres und dem Bundesministerium für Justiz beauftragt und vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes verfasst.

www.doew.at/neues/doew-praesentiert-rechtsextremismus-bericht

Ressourcen zum Umgang mit rechtsextremen und -populistischen Anfechtungen

Alles nur leere Worte?

Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts in Bibliotheken

(2023)

Mittlerweile hat der Kulturkampf von rechts auch die Bibliotheken erreicht: Wie umgehen mit rechten Medien? Was tun, wenn Rechtsextreme damit drohen, eine geplante Lesung zu stören? Wie reagieren, wenn Bücher, die rechtsextreme Strategien analysieren, gezielt zerstört werden? Welche Handlungsspielräume haben Bibliotheken, wenn Rechtsextreme versuchen, Räume für ihre Veranstaltung bei ihnen anzumieten? Die Handreichung der MBR nimmt diese Herausforderungen für Bibliotheken in den Blick. Die Broschüre stellt konkrete Anregungen, Tipps und Praxisbeispiele vor, die Akteur:innen vor Ort dabei unterstützen, eigene Handlungsstrategien zu entwickeln.

www.mbr-berlin.de/publikationen/alles-nur-leere-worte-zum-umgang-mit-dem-kulturkampf-von-rechts-in-bibliotheken-2023/

**Wie die Rechten die Geschichte umdeuten.
Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus
(2020)**

Das Themenheft der Bildungsstätte Anne Frank möchte einen Überblick über aktuelle Formen von Geschichtsrevisionismus geben und wichtige Akteur:innen und deren typische Argumentationsfiguren benennen. Es gibt Anregungen, geschichtsrevisionistischen Positionen argumentativ und praktisch entgegenzutreten.

www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Themenhefte/Themenheft_Geschichtsrevisionismus_Web.pdf

**Nur Schnee von gestern?
Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts in Gedenkstätten und Museen
(2020)**

Die 45-seitige Handreichung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) »Nur Schnee von gestern? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts in Gedenkstätten und Museen« gibt Tipps und Praxisbeispiele für den Umgang mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Störversuchen bei Führungen, öffentlichen Provokationen und parlamentarischen Anfragen. Die Broschüre soll Akteur:innen vor Ort unterstützen, eigene Handlungsstrategien zu entwickeln.

www.mbr-berlin.de/en/publikationen/nur-schnee-von-gestern-zum-umgang-mit-dem-kulturkampf-von-rechts-in-gedenkstaetten-und-museen-2020/

**Das Neutralitätsgebot in der Bildung.
Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien?
(2019)**

Welche Bedeutung kommt den Menschenrechten und dem staatlichen Neutralitätsgebot, insbesondere dem Recht der Parteien auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb (Artikel 21 Grundgesetz) zu, wenn Lehrkräfte im Schulunterricht oder Akteure der außerschulischen politischen Bildung rassistische oder rechtsextreme Positionen einer Partei thematisieren? Die Publikation richtet sich an Entscheidungsträger:innen in Ministerien und Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie an Gerichte, die mit diesen Fragen konfrontiert werden.

www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/das-neutralitaetsgebot-in-der-bildung

Handlungsempfehlungen für den Umgang mit rechtspopulistischen Äußerungen von Besucher*innen in Gedenkstätten und Erinnerungsorten (2019)

Wie verhalte ich mich, wenn rechtspopulistische Äußerungen bei Besuchen in Gedenkstätten und Erinnerungsorten fallen? Welche Motive stehen dahinter, was ist erlaubt, gerade im Handeln gegen menschenverachtende Äußerungen? Wie kann ich argumentativ bestehen, ohne dem Gegenüber den Gefallen zu tun, sich in seiner Opferrolle bestätigt zu sehen, etc.? Die Broschüre des Vereins »Gegen Vergessen – Für Demokratie« stellt sich diesen Fragen und gibt Tipps, wie jede*r diese Fragen für sich selber am besten beantworten und lösen kann. www.vielfalt-mediathek.de/material/rassismus/handlungsempfehlungen-fuer-den-umgang-mit-rechtspopulistischen-aeusserungen-von-besucher_innen-in-gedenkstaetten-und-erinnerungsorten

Tagungsbericht »Das Neutralitätsgebot als Herausforderung für die Demokratie – Wie gegenüber rechtsextremen Meinungen und Machtpositionen Haltung bewahren?« (2024)

Rund 90 Mitarbeitende und Engagierte aus öffentlichen und mit öffentlichen Mitteln geförderten Einrichtungen, aus gemeinnützigen Vereinen, den Kirchen und der Wirtschaft aus ganz Thüringen fanden sich am 20. August 2024 zur Tagung »Das Neutralitätsgebot als Herausforderung für die Demokratie - Wie gegenüber rechtsextremen Meinungen und Machtposition Haltung bewahren?« am Erinnerungsort Topf & Söhne in Erfurt ein. Der Tagungsbericht fasst die Diskussionen und weiterführende Empfehlungen zusammen. www.topfundsoehne.de/ts/de/service/aktuelles/meldungen/2024/ef_148760.html

Netzwerk Halt!ung

Das Netzwerk hat zum Ziel, politisch motivierte Angriffe auf Museen, Ausstellungshäuser und Kulturschaffende sichtbar zu machen. Der Verein dokumentiert Vorfälle politischer Übergriffe auf Museen, fördert den kollegialen Austausch und ist Anlaufstelle für Betroffene und Ratsuchende. Er berät und vernetzt Personen und Institutionen und setzt sich für eine unabhängige Museumsarbeit ein. Interessierte Institutionen und Einzelpersonen, die sich engagieren wollen, sind im Netzwerk Halt!ung willkommen. www.netzwerk-haltung.org/

Geschichte statt Mythen

Das Projekt »Geschichte statt Mythen« setzt sich seit August 2024 für klare Fakten statt verdrehter Erzählungen ein. Das Ziel: Geschichtsrevisionismus in Thüringen und darüber hinaus aufdecken, Mythen entlarven und kritische Debatten anstoßen.

Auf der Website finden sich Analysen zu tagesaktuellen TV-Auftritten, Wahlkampfreden oder Social-Media-Posts von politischen Akteur:innen. Diverse Blogartikel klären über die Hintergründe der genutzten Chiffren, Mythen oder historischen Analogien auf und ordnen diese ein. Des Weiteren enthält das Portal eine interaktive Karte (Wo werden von wem geschichtsrevisionistische Mythen verbreitet? Welche historischen Orte sind Ziel ihrer Umschreibungsversuche?) sowie ein FAQ (Was ist Geschichtsrevisionismus? Welches Ziel verfolgen seine Akteur:innen?)

»Geschichte statt Mythen« ist ein Forschungs- und Dokumentationsprojekt am Lehrstuhl Geschichte in Medien und Öffentlichkeit der Friedrich-Schiller-Universität Jena in Kooperation mit der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora.

www.geschichte-statt-mythen.de/

KLASSISCHE GESCHICHTS- REVISIONISTISCHE MYTHEN

Vor allem in der der extrem rechten Mischszene aus Reichsbürgern, „Montagsspaziergängern“, „Freien Thüringern“ und ihrem parlamentarischen Arm, der AfD, wird eine große Bandbreite geschichtsrevisionistischer Legenden verbreitet. Zum Teil stehen sie in Kontinuitäten, die bis zur NS-Propaganda zurückreichen.

Screenshots der Website
Geschichte statt Mythen



ÜBERSICHTSKARTE

Wo werden von wem geschichtsrevisionistische Mythen verbreitet? Welche historischen Orte sind Ziel ihrer Umschreibungsversuche?



ZUR INTERAKTIVEN KARTE THÜRINGENS



TOPOGRAPHIE DES TERRORS

www.topographie.de

www.gedenkstättenforum.de

